

# Rechtsprechung

## zum

# Personalvertretungsrecht

31. Ausgabe  
Stand: März 2011

## Vorwort

In der Ihnen im 31. Jahrgang vorliegenden „Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht“ haben wir wie gewohnt die wichtigsten Entscheidungen zum Personalvertretungsrecht der jüngsten Zeit, insbesondere aus dem Jahre 2010, für Sie zusammengestellt. Berücksichtigt wurde dabei hauptsächlich die obergerichtliche Rechtsprechung; es finden sich aber vereinzelt auch erstinstanzliche Entscheidungen, die in der Praxis interessieren. Sofern diese nicht rechtskräftig sind und daher unter dem Vorbehalt der Bestätigung durch höhere Instanzen stehen, ist dies mit dem Vermerk (n.rkr.) kenntlich gemacht. Damit die Entscheidungen in Ihrer Argumentation im Personalrat und gegenüber der Dienststelle zitierfähig sind, haben wir uns auf die Wiedergabe der Leitsätze beschränkt. Für alle, die Genaueres wissen wollen, haben wir dort, wo die Vollversion der Entscheidung im Rechtsprechungsdienst der „Zeitschrift für Personalvertretungsrecht“ (ZfPR), der ZfPR *online*, veröffentlicht wurde, die entsprechende Fundstelle hinzugefügt.

Zwar sind die meisten Entscheidungen sowohl für das Bundespersonalvertretungsrecht als auch für das Personalvertretungsrecht der Länder von Bedeutung; im Einzelfall ist jedoch stets zu prüfen, ob die Entscheidung voll, eingeschränkt oder gar nicht für das von Ihnen anzuwendende Personalvertretungsrecht gilt. Die Hinweise auf die entsprechenden Vorschriften in den Personalvertretungsgesetzen der Länder sollen Ihnen diese Prüfung erleichtern. Sollten wir einmal eine Änderung in einem Landespersonalvertretungsgesetz übersehen haben, sind wir für Ihren Hinweis dankbar.

Auf Grund des Umfangs der zum Recht der schwerbehinderten Menschen ergehenden Rechtsprechung und der zunehmenden Bedeutung dieses Themenbereichs haben wir im Jahre 2008 zum ersten Mal die einschlägige Rechtsprechung gesondert zusammengestellt. Mit Stand April 2011 steht nun die zweite Ausgabe der „Rechtsprechung zum Recht der schwerbehinderten Menschen“ zur Verfügung; sie enthält Entscheidungen überwiegend aus den Jahren 2008 bis 2010. Da der Gesetzgeber neben den Schwerbehindertenvertretungen auch die Personalräte zur Vertretung der Interessen der schwerbehinderten Beschäftigten beauftragt hat, legen wir Ihnen auch diese Zusammenstellung ans Herz.

Wir würden uns freuen, wenn wir unser Ziel, insbesondere die den Mitgliedsgewerkschaften des dbb angehörenden Personalratsmitglieder in bewährter Weise zu unterstützen, auch in diesem Jahr erreichen.

## Inhaltsübersicht

<b>A. Entscheidungen zum Personalvertretungsrecht</b>	<b>Seite</b>
1. Austragung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Dienststelle und Personalrat in der Dienststellenöffentlichkeit (VG Ansbach, Beschluss v. 23.3.2010 – AN 8 P 10.00128)	10
2. Beschäftigte im Sinne des PersVG NW (VG Gelsenkirchen, Beschluss v. 22.9.2009 – 12 c K 3354/08.PVL)	10
3. Gruppenprinzip bei Personalratswahlen nach SächsPersVG (OVG Sachsen, Beschluss v. 26.1.2009 – PL 9 A 470/08)	10
4. Verselbstständigung einer Nebenstelle ohne Dienststellenleiter/Informationsanspruch des Nebenstellenpersonalrats (BVerwG, Beschluss v. 13.9.2010 – 6 P 14.09)	10
5. Verselbstständigung einer Nebenstelle ohne eigenen Dienststellenleiter (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 30.10.2009 – 16 A 1027/09.PVB)	11
6. Benachteiligung wegen Personalratstätigkeit (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 18.11.2009 – 16 A 165/08.PVB)	11
7. Weiterbeschäftigung eines Jugendvertreters/Freihalten eines Arbeitsplatzes für einen in Rente auf Zeit befindlichen Beschäftigten (BVerwG, Beschluss v. 9.12.2009 – 6 PB 35.09)	11
8. Weiterbeschäftigungsverlangen eines Jugend- und Auszubildendenvertreters per E-Mail/Schriftformerfordernis (OVG Hamburg, Beschluss v. 15.1.2010 – 8 Bf 272/09.PVL)	11
9. Weiterbeschäftigung eines Jugendvertreters/Geeigneter und besetzbarer Arbeitsplatz (BVerwG, Beschluss v. 7.12.2009 – 6 PB 34.09)	12
10. Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung von Auszubildendenvertretern bei fehlender Personalhoheit (VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 16.9.2008 – PL 15 S 533/08)	12
11. Jugend- und Auszubildendenvertreter/Schutz trotz Wahl kurz vor Ausbildungsende (OVG Sachsen, Beschluss v. 1.4.2009 – PL 9 A 552/08)	12
12. Weiterbeschäftigung eines Jugendvertreters/Form- und Fristerfordernisse für einen negativen Feststellungsantrag des Arbeitgebers (BVerwG, Beschluss v. 18.8.2010 – 6 P 15.09)	13
13. Wahlrecht der Soldaten zu Personalvertretungen (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 8.9.2010 – 17 LP 11/08)	13
14. Aktives und passives Wahlrecht von Leiharbeitskräften für einen Personalrat in Hessen (VG Frankfurt a.M., Beschluss v. 18.3.2010 – 23 K 3864/09.F.PV)	13
15. Sechsmontatige Zugehörigkeit zum Geschäftsbereich der obersten Dienstbehörde als Wählbarkeitsvoraussetzung/Dienststelleneigenschaft der ARGEN (BVerwG, Beschluss v. 4.2.2010 – 6 PB 38.09)	14
16. Entscheidungsbefugnis in Personalangelegenheiten der Dienststelle (BVerwG, Beschluss v. 17.5.2010 – 6 P 7.09)	14

17. Wahlanfechtung wegen Angabe „Personalrat“ als Beschäftigungsstelle auf dem Stimmzettel (VG Aachen, Beschluss v. 30.10.2008 – 16 K 1304/08.PVL)	14
18. Ausschluss aus dem Personalrat wegen Verletzung der Schweigepflicht (VGH Bayern, Beschluss v. 2.11.2009 – 17 P 08.2325)	14
19. Kein Rückgriff auf andere Vorschlagslisten beim Nachrücken von Ersatzmitgliedern in den Personalrat (BVerwG, Beschluss v. 30.11.2010 – 6 PB 16.10)	15
20. Wahl von Vorstandsmitgliedern durch Losentscheid (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 12.7.2010 – 16 A 3259/08.PVL)	15
21. Wahl der Gruppenvorstandsmitglieder (BVerwG, Beschluss v. 19.8.2010 – 6 PB 10.10)	15
22. Ergänzung der Tagesordnung kurz vor oder in der Personalratssitzung (VG Köln, Beschluss v. 2.11.2009 – 34 K 6530/08.PVL)	15
23. Nutzung eines dienststelleninternen elektronischen Kommunikationssystems durch Personalrat und Weiterleitung von Bekanntmachungen (BVerwG, Beschluss v. 27.10.2009 – 6 P 11.08)	16
24. Kostenerstattung an überwiegend freigestellte Personalratsmitglieder für Fahrten zwischen Wohnort und Personalratssitz (OVG Sachsen, Beschluss v. 9.10.2008 – PL 9 A 219/08)	16
25. Kostenerstattung bei Zumutbarkeit der täglichen Rückkehr freigestellter Mitglieder der Stufenvertretung zum Wohnort (BVerwG, Beschluss v. 12.11.2009 – 6 PB 17.09)	16
26. Reisekostenvergütung für nicht überwiegend freigestellte Personalratsmitglieder der Stufenvertretung (BVerwG, Beschluss v. 28.1.2010 – 6 P 1.09)	16
27. Erstattung der von freigestellten Mitgliedern der Stufenvertretung auf die Wegstreckenentschädigung abgeführten Einkommensteuer (BVerwG, Beschluss v. 14.12.2009 – 6 P 16.08)	17
28. Reisekosten von Mitgliedern des Bezirkspersonalrats in Form der großen Wegstreckenentschädigung (BVerwG, Beschluss v. 1.7.2010 – 6 PB 7.10)	17
29. Anspruch des Personalrats auf Zuteilung einer qualifizierten Bürokraft (VG Ansbach, Beschluss v. 23.3.2010 – AN 8 P 10.00006)	17
30. Erstattungsfähigkeit von Kosten für ortsfremden Rechtsanwalt (OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 12.3.2009 – 5 L 6/07)	18
31. Kosten anwaltlicher Prozessvertretung/Haltlosigkeit der Einleitung des Beschlussverfahrens (OVG Sachsen, Beschluss v. 1.4.2009 – PL 9 A 78/08)	18
32. Fiktive Laufbahnnachzeichnung bei Abordnung eines Personalratsmitglieds zum Zwecke der Erprobung (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 30.10.2009 – 6 B 1496/09)	18

33. Fiktive Nachzeichnung des beruflichen Werdegangs/Schadensersatzanspruch aufgrund verspäteter Beförderung (OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil v. 8.6.2010 – 1 A 2859/07)	19
34. Fiktive Nachzeichnung des beruflichen Werdegangs eines freigestellten Personalratsmitglieds/Nachwirkende Entgeltgarantie (BAG, Urteil v. 14.7.2010 – 7 AZR 359/09)	19
35. Benachteiligungsverbot von Personalratsmitgliedern (BVerwG, Beschluss v. 1.2.2010 – 6 PB 36.09)	19
36. Benachteiligung durch Erlöschen der Mitgliedschaft im Polizei-Hauptpersonalrat nach sechsmonatiger Abordnung (OVG Sachsen, Beschluss v. 27.4.2010 – PL 9 A 453/08)	20
37. Versetzungsschutz nach der Neuregelung des § 91 Abs. 1 Nr. 4 BPersVG/ Rückversetzung von Personalratsmitgliedern aus Auslandsdienststellen ins Inland (VG Köln, Beschluss v. 19.2.2010 – 33 K 6157/09.PVB)	20
38. Außerordentliche Kündigung eines Personalratsmitglieds wegen missbräuchlicher Nutzung des Diensttelefons (VG Mainz, Urteil v. 2.2.2010 – 5 K 1390/09.MZ)	20
39. Teilnahmerecht der Stufenvertretung und des Gesamtpersonalrats in der Personalversammlung (BVerwG, Beschluss v. 30.7.2010 – 6 P 11.09)	21
40. Teilnahme von Personalratsmitgliedern an Gesprächen dienststellenfremder Dritter mit Bediensteten (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 24.2.2010 – 16 A 566/08)	21
41. Informationsanspruch des Personalratsmitglieds nach der Sitzung des Personalrats (OVG Sachsen, Beschluss v. 2.2. 2010 – PL 9 B 393/08)	21
42. Informationsrecht des Personalrats im Zusammenhang mit dem betrieblichen Eingliederungsmanagement (BVerwG, Beschluss v. 23.6.2010 – 6 P 8.09)	22
43. Letztentscheidungsrecht der obersten Dienstbehörde bei Verstreichen der Frist für die Entscheidung der Einigungsstelle (BVerwG, Beschluss v. 19.8.2009 – 6 PB 20.09)	22
44. Begriff des Dienststellenwechsels bei mitbestimmungspflichtiger Versetzung/Anforderung ergänzender Informationen durch den Personalrat (BVerwG, Beschluss v. 11.11.2009 – 6 PB 25.09)	22
45. Informationsrecht des Personalrats in Form des Einblicks in Gagenlisten für Solomitglieder und Bühnentechniker (BVerwG, Beschluss v. 16.2.2010 – 6 P 5.09)	22
46. Zeitpunkt der Beteiligung des Personalrats in einer Kommune/Zuständigkeit des Gesamtpersonalrats für Umsetzung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes (OVG Sachsen, Beschluss v. 18.9.2008 – PL 9 B 264/05)	23
47. Verfassungsmäßig zuständiges oberstes Organ einer Gemeinde für Letztentscheidung in personalvertretungsrechtlichen Angelegenheiten (VG Arnsberg, Beschluss v. 11.12.2008 – 20 K 2063/07.PVL)	23

48. Verwirkung eines Mitbestimmungsrechts (VG Ansbach, Beschluss v. 23.3.2010 – AN 8 P 09.01962)	23
49. Kein Recht der obersten Dienstbehörde zur Uminterpretation der bindenden Entscheidung der Einigungsstelle in personellen Angelegenheiten der Arbeitnehmer in Empfehlung (VG Saarland, Beschluss v. 25.9.2009 – 9 K 432/09)	24
50. Kein vorzeitiger Eintritt der Zustimmungsfiktion trotz abschließender Verweigerung einer Stellungnahme seitens des Personalrats (BAG, Urteil v. 28.1.2010 – 2 AZR 50/09)	24
51. Ausschluss des Evokationsrechts des Senats von Berlin bei außerordentlicher Kündigung eines Arbeitnehmers ohne überwiegend hoheitliche Befugnisse (BVerwG, Beschluss v. 4.6.2010 – 6 PB 4.10)	25
52. Überwachung von Beschäftigten durch einen Dritten/Kein Beteiligungsrecht bei der Vermietung von Diensträumen (BVerwG, Beschluss v. 9.9.2010 – 6 PB 12.10)	25
53. Verteilung der Zuständigkeiten der am Einigungsverfahren beteiligten Personalvertretungen (OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 29.10.2009 – 62 PV 14.07)	25
54. Hinzuziehung von Mitarbeitern durch den Dienststellenleiter zur Erörterung im Rahmen eines Mitbestimmungsverfahrens (BVerwG, Beschluss v. 23.11.2010 – 6 P 2.10)	25
55. Vorläufige Regelung einer Abordnung (OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 13.8.2009 – 5 L 17/06)	26
56. Keine wirksame Einleitung des Mitbestimmungsverfahrens betreffend Eingruppierung bei fehlender Unterrichtung über Stufenzuordnung (VG Köln, Beschluss v. 10.2.2010 – 34 K 4350/09.PVL)	26
57. Initiativrecht des Personalrats bei Höhergruppierungen (OVG Bremen, Beschluss v. 13.10.2009 – P A 63/07)	26
58. Entscheidung der Dienststelle über die Einwendungen des Personalrat (BVerwG, Beschluss v. 10.11.2010 – 6 PB 13.10)	26
59. Dienstvereinbarung als datenschutzrechtliche Rechtsgrundlage (VG Frankfurt am Main v. 31.5.2010 – 23 K 500/10.F.PV (V))	27
60. Zulässige Ungleichbehandlungen wegen des Alters in Betriebs- und Dienstvereinbarungen zu Umsetzungen (BAG, Urteil v. 13.10.2009 – 9 AZR 722/08)	27
61. Zulässigkeit von freiwilligen Dienstvereinbarungen nach BlnPersVG (BVerwG, Beschluss v. 6.10.2010 – 6 PB 11.10)	27
62. Mitbestimmung bei Ein-, Höher- und Rückgruppierung/Stufenzuordnung nach §§ 16, 17 TV-L (BVerwG, Beschluss v. 13.10.2009 – 6 P 15.08)	27
63. Mitbestimmung bei Übertragung eines unterwertigen Dienstpostens an einen Beamten (BVerwG, Beschluss v. 2.12.2009 - 6 PB 33.09)	28
64. Mitbestimmung beim Absehen von der Ausschreibung (BVerwG, Beschluss v. 14.1.2010 – 6 P 10.09)	28

65. Keine Maßnahme zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen bei Regelung über gleitende Arbeitszeit und automatisierte Zeiterfassung (BVerwG, Beschluss v. 28.10.2009 – 1 WB 11.09)	28
66. Mitbestimmung bei der Einrichtung von Arbeitszeitkonten (OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 23.4.2009 – 62 PV 4.07)	29
67. Mitbestimmung des Personalrats bei der Übernahme von Leiharbeitnehmern zur Arbeitsleistung in der Dienststelle (BVerwG, Beschluss v. 7.4.2010 – 6 P 6.09)	29
68. Mitbestimmung bei Zielvereinbarungen (VGH Hessen, Beschluss v. 18.2.2010 – 22 A 2457/08.PV)	29
69. Grundrecht auf Mitbestimmung in Brandenburg/Mitbestimmung an Schulen in öffentlicher Trägerschaft (VerfGH Brandenburg, Urteil v. 15.10.2009 – 9/08)	30
70. Kein Mitbestimmungsrecht des Personalrats bei Auflösung eines Geschäftsbereichs eines Universitätsklinikums (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 23.3.2010 – 16 A 2209/08.PVL)	30
71. Mitbestimmung bei Höhergruppierungen von Tarifbeschäftigten bei Personalgestaltung (VG Münster, Beschluss v. 3.3.2010 – 22 K 531/09.PVL)	30
72. Mitbestimmung bei Einstellung eines Leiharbeitnehmers/Prüfpflicht des Arbeitgebers zur Besetzbarkeit eines Arbeitsplatzes mit einem schwerbehinderten Menschen (BAG, Beschluss v. 23.6.2010 – 7 ABR 3/09)	30
73. Mitbestimmung bei Versetzungen auf Grund Handlungsanweisung der Zentrale bei BA (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 17.11.2009 – 16 A 3277/07.PVB)	31
74. Umsetzung von Umstrukturierungsmaßnahmen des Landesgesetzgebers/Rationalisierungsmaßnahme (VG Dresden, Beschluss v. 28.1.2011 – 9 K 573/10)	31
75. Mitbestimmung bei Beurteilungsrichtlinien (VG Frankfurt, Beschluss v. 5.10.2009 – 23 L 2423/09.F.PV)	32
76. Mitbestimmung bei Befristung des Arbeitsverhältnisses (LAG Schleswig-Holstein, Urteil v. 26.3.2009 – 4 Sa 1/09)	32
77. Mitbestimmung bei Richtlinie über die personelle Auswahl (VG Braunschweig, Beschluss v. 28.9.2009 – 9 A 2/09)	32
78. Mitbestimmung bei Fragebögen zu betriebsbedingten Erkrankungen/Unterlassung mitbestimmungspflichtiger Handlungen (VG Dresden, Beschluss v. 31.3.2010 – 9 L 11/10)	32
79. Mitbestimmung bei Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung (BVerwG, Beschluss v. 5.11.2010 – 6 P 18.09)	33
80. Mitbestimmungsrecht des Personalrats bei einer Maßnahme zur Hebung der Arbeitsleistung der Vermittlungsfachkräfte (VG Aachen, Beschluss v. 18.3.2010 – 15 K 2253/09.PVB)	33
81. Mitbestimmung bei der Änderung der Schichtdienstzeiten für in privatrechtlich organisierten Betrieb gestellte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes (VG Münster, Beschluss v. 13.1.2010 – 22 K 352/09.PVL)	33

82. Mitbestimmung bei Übertragung anders zu bewertender Tätigkeit (OVG Mecklenburg-Vorpommern, Beschluss v. 8.1.2010 – 8 L 124/09)	33
83. Mitbestimmung bei Einstellung von Beschäftigten im Rahmen eines Praktikantenverhältnisses (VGH Bayern, Beschluss v. 23.11.2009 – 17 P 08.1174)	33
84. Mitbestimmungsrecht bei der Anweisung zur Nutzung einer EDV-gestützten dienststelleninternen Terminabstimmung (VG Berlin, Beschluss v. 31.7.2009 – 71 K 1/09 PVG)	34
85. Zuständigkeit einer Personalvertretung bei einer Personalgestellung (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 23.3.2010 – 16 A 2423/08.PVL)	34
86. Zustimmungsverweigerung des Personalrats zur Neueinstellung wegen Fehler im Auswahlverfahren (VG Köln, Beschluss v. 19.2.2010 – 33 K 141/10.PVB)	34
87. Zustimmungsverweigerung wegen fehlender Mitteilung eines Arbeitsplatzes als schwerbehindertengeeignet an die Schwerbehindertenvertretung (LAG Köln, Beschluss v. 29.9.2008 – 2 TaBV 44/08)	35
88. Hemmung des Ablaufs der Zustimmungsverweigerungsfrist nur bei Fehlen tatsächlich erforderlicher Informationen (VG Köln, Beschluss v. 19.2.2010 – 33 K 6129/09.PVB)	35
89. Mitwirkungsverfahren bei Wartezeitkündigung/Missbrauchskontrolle (BAG, Urteil v. 22.4.2010 – 6 AZR 828/08)	35
90. Hinweispflicht des öffentlichen Arbeitgebers im Disziplinarverfahren auf Antragsrecht zur Mitwirkung des Personalrats (VG Stuttgart, Urteil v. 21.4.2010 – DL 20 K 2137/09)	36
91. Mitbestimmung des Personalrats bei Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen eine Dienstkraft (BVerwG, Beschluss v. 2.6.2010 – 6 P 9.09)	36
92. Keine Beteiligungspflicht bei Aufgabenzuwachs einer Dienststelle (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 24.9.2009 – 18 LP 9/08)	36
93. Folgen der Nichtbeteiligung des Personalrats bei Versetzung eines Beamten in den Ruhestand (OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 6.11.2009 – 1 L 73/09)	36
94. Personalratsanhörung bei Kündigung in der Wartezeit (BAG, Urteil v. 23.4.2009 – 6 AZR 516/08)	37
95. Voraussetzungen der Weiterbeschäftigungspflicht in anderem Verwaltungszweig (BAG, Urteil v. 10.6.2010 – 2 AZR 1020/08)	37
96. Zuständigkeit des Gesamtpersonalrats bei Auswahl der Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen (BVerwG, Beschluss v. 17.7.2010 – 6 PB 6.10)	37
97. Feststellung der Verletzung des Mitbestimmungsrechts bei vollzogener Maßnahme (BVerwG, Beschluss v. 17.2.2010 – 6 PB 43.09)	38
98. Unzulässigkeit der Nichtzulassungsbeschwerde wegen Verfahrensbeendigung durch übereinstimmende Erledigungserklärungen (BVerwG, Beschluss v. 8.3.2010 – 6 PB 47.09)	38



99. Vertretungszwang bei Einlegung und Begründung der Beschwerde im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren (BVerwG, Beschluss v. 4.8.2010 – 6 P 12.09)	38
100. Einlegung und Begründung der Beschwerde im Beschlussverfahren durch Rechtsanwalt und Verbandsvertreter (BVerwG, Beschluss v. 4.8.2010 – 6 P 12.09)	38
101. Antragsbefugnis eines Berufsverbandes bezüglich Einbeziehung von Soldaten in die Personalratswahl (BVerwG, Beschluss. 16.12.2010 – 6 PB 18.10)	39
102. Erstattungspflicht außergerichtlicher Kosten eines Wahlanfechtungsverfahrens/Teilnahme von Ersatzmitgliedern an Wahlvorstandssitzung (BVerwG, Beschluss v. 11.10.2010 – 6 P 16.09)	39

### **B. Entscheidungen zur Wahlordnung**

1. Keine Bindung des Bezirkswahlvorstandes an die Meldungen der örtlichen Wahlvorstände (BVerwG, Beschluss v. 27.5.2010 – 6 PB 2.10)	39
2. Einreichung von Wahlvorschlägen (BAG, Beschluss v. 20.1.2010 – 7 ABR 39/08)	39

### **C. Entscheidungen zum Soldatenbeteiligungsgesetz**

1. Überprüfung der Nachbesetzung von Ausschusssitzen durch einzelne Mitglieder des Gesamtvertrauenspersonenausschusses (BVerwG, Beschluss v. 30.9.2009 – 1 WB 66.08)	40
2. Rechtsschutz eines Mitglieds des Gesamtvertrauenspersonenausschusses gegen Maßnahmen des Sprechers des Gesamtvertrauenspersonenausschusses (BVerwG, Beschluss v. 18.8.2009 – 1 WB 51.09)	40
3. Versammlung der Vertrauenspersonen bei Auslandseinsätzen (BVerwG, Beschluss v. 22.7.2009 – 1 WB 15.08)	40
4. Anfechtung der Wahl des Gesamtvertrauenspersonenausschusses (BVerwG, Beschluss v. 21.7.2009 – 1 WB 18.08)	40

## A. Entscheidungen zum Personalvertretungsrecht

### 1. Austragung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Dienststelle und Personalrat in der Dienststellenöffentlichkeit

(§ 2 BPersVG; § 2 LPersVG BW; Art. 2 LPersVG Bay; § 2 LPersVG Bln; § 2 LPersVG Brand; §§ 2, 52 LPersVG Bre; § 2 LPersVG Hbg; § 2, § 60 LPersVG Hess; § 58 LPersVG MV; §§ 1 a, 2, 65 LPersVG Nds; § 2 Abs. 1, § 3 Abs. 3, 4 LPersVG NW; § 2 LPersVG RhP; § 2 LPersVG Saar; § 2 LPersVG Sachs; § 2 LPersVG LSA; § 1 MBG SH; § 2 ThürPersVG)

Weder einem Dienststellenleiter noch einer Personalvertretung ist eine unzutreffende und den Partner herabwürdigende Information der Beschäftigten gestattet. Das verbietet der Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit (Leitsätze der Schriftleitung; VG Ansbach, Beschluss v. 23.3.2010 – AN 8 P 10.00128, ZfPR *online* 9/2010, S. 10).

### 2. Beschäftigte im Sinne des PersVG NW

(§ 4 BPersVG; § 4 LPersVG BW; Art. 4 Abs. 1 bis 4, 5 e und f; §§ 3, 4 LPersVG Bln; §§ 4, 5 LPersVG Brand; §§ 3 bis 6 LPersVG Bre; § 4 LPersVG Hbg; §§ 3 bis 6 LPersVG Hess; § 3 LPersVG MV; § 4 LPersVG Nds; § 5 LPersVG NW; § 4 LPersVG RhP; § 4 LPersVG Saar; § 4 LPersVG Sachs; § 4 PersVG LSA; §§ 3 bis 6 MBG SH; § 4 ThürPersVG)

Beschäftigte im Sinne des nordrhein-westfälischen Personalvertretungsgesetzes sind die Dienstleistenden, die mit der juristischen Person des öffentlichen Rechts (Dienststelle) in einem Dienstverhältnis stehen. Hierzu zählen nicht die Personen, die aufgrund eines Gestellungsvertrages oder eines Arbeitnehmerüberlassungsvertrages in der Dienststelle tätig sind (VG Gelsenkirchen, Beschluss v. 22.9.2009 – 12 c K 3354/08.PVL).

### 3. Gruppenprinzip bei Personalratswahlen nach SächsPersVG

(§ 5 BPersVG; § 5 LPersVG BW; Art. 5 LPersVG Bay; § 3 Abs. 2 LPersVG Bln; § 5 LPersVG Brand; § 3 Abs. 2 LPersVG Bre; § 5 LPersVG Hbg; § 3 Abs. 2 LPersVG Hess; § 7 LPersVG MV; § 5 LPersVG Nds; § 5 LPersVG NW; § 4 Abs. 2 LPersVG RhP; § 5 LPersVG Saar; § 5 LPersVG Sachs; § 5 PersVG LSA; § 7 MBG SH; § 5 ThürPersVG)

Bei den Wahlen zu Personalräten sind nach § 5 Satz 1 SächsPersVG seit der Geltung des TVöD und TVL nur noch die Gruppe der Beamten einerseits und die Gruppe der Beschäftigten andererseits zu bilden (OVG Sachsen, Beschluss v. 26.1.2009 - PL 9 A 470/08).

### 4. Verselbstständigung einer Nebenstelle ohne Dienststellenleiter/Informationsanspruch des Nebenstellenpersonalrats

(§ 6 BPersVG; § 9 LPersVG BW; Art. 6 LPersVG Bay; §§ 5, 6 LPersVG Bln; § 6 LPersVG Brand; § 7 LPersVG Bre; § 6 LPersVG Hbg; § 7 LPersVG Hess; § 8 LPersVG MV; § 6 LPersVG Nds; § 1 Abs. 2 LPersVG NW; § 5 LPersVG RhP; § 6 LPersVG Saar; § 6 LPersVG Sachs; § 6 PersVG LSA; § 8 MBG SH; § 6 ThürPersVG)

Die Existenz eines Nebenstellenleiters ist nicht Voraussetzung für die Rechtswirksamkeit einer personalvertretungsrechtlichen Verselbstständigung.

Der Personalrat einer Nebenstelle, die keinen Dienststellenleiter hat, hat keinen Informationsanspruch gegenüber dem Leiter der Hauptdienststelle.

Der Leiter der Hauptdienststelle ist nicht verpflichtet, für die verselbstständigte Nebenstelle einen Leiter zu berufen (BVerwG, Beschluss v. 13.9.2010 – 6 P 14.09, ZfPR *online* 11/2010, S. 13).

## 5. Verselbstständigung einer Nebenstelle ohne eigenen Dienststellenleiter

(§ 6 BPersVG; § 9 LPersVG BW; Art. 6 LPersVG Bay; §§ 5, 6 LPersVG Bln; § 6 LPersVG Brand; § 7 LPersVG Bre; § 6 LPersVG Hbg; § 7 LPersVG Hess; § 8 LPersVG MV; § 6 LPersVG Nds; § 1 Abs. 2 LPersVG NW; § 5 LPersVG RhP; § 6 LPersVG Saar; § 6 LPersVG Sachs; § 6 PersVG LSA; § 8 MBG SH; § 6 ThürPersVG)

Eine Nebenstelle kann sich nach § 6 Abs. 3 BPersVG verselbstständigen, obwohl ihr ein eigener Dienststellenleiter vor Ort fehlt. Sie muss nur überhaupt einen verantwortlichen Leiter haben. Dieser kann auch der Leiter der Gesamtdienststelle sein (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 30.10.2009 – 16 A 1027/09.PVB).

## 6. Benachteiligung wegen Personalratstätigkeit

(§ 8 BPersVG; - LPersVG BW; Art. 8 LPersVG Bay; - LPersVG Bln; § 8 LPersVG Brand; § 56 Abs. 1 LPersVG Bre; - LPersVG Hbg; § 64 Abs. 1 LPersVG Hess; - LPersVG MV; § 68 Abs. 1 LPersVG Nds; - LPersVG NW; § 6 LPersVG RhP; § 8 LPersVG Saar; § 8 LPersVG Sachs; § 8 PersVG LSA; - MBG SH; § 8 ThürPersVG; für die Länder gilt im Übrigen § 107 BPersVG)

In der dauerhaften Übertragung der Leitung lediglich einer einzigen Projektgruppe mit nur wenigen Angehörigen anstatt einer Unterabteilung (nicht amtsangemessene Beschäftigung) kann eine Benachteiligung eines Personalratsmitglieds wegen seiner Personalratstätigkeit liegen.

Das Risiko der Nichterweislichkeit einer kausalen Verbindung zwischen Benachteiligung und Mitgliedschaft im Personalrat trägt grundsätzlich derjenige, der sich auf die Benachteiligung wegen der Personalratstätigkeit bzw. -stellung beruft. Das Bundespersonalvertretungsgesetz enthält keine § 22 AGG vergleichbare Regelung („Wenn im Streitfall die eine Partei Indizien beweist, die eine Benachteiligung wegen eines in § 1 genannten Grundes vermuten lassen, trägt die andere Partei die Beweislast dafür, dass kein Verstoß gegen die Bestimmungen zum Schutz vor Benachteiligung vorgelegen hat.“); eine analoge Anwendung des § 22 AGG für die Feststellung der Benachteiligung wegen Personalratstätigkeit nach § 8 BPersVG kommt trotz gewisser Ähnlichkeiten mit der Beweislage in AGG-Fällen wegen des Charakters des § 22 AGG als spezialgesetzlicher Ausnahmenorm nicht in Betracht (Leitsätze der Schriftleitung; OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 18.11.2009 – 16 A 165/08.PVB).

## 7. Weiterbeschäftigung eines Jugendvertreters/Freihalten eines Arbeitsplatzes für einen in Rente auf Zeit befindlichen Beschäftigten

(§ 9 BPersVG; Art. 9 LPersVG Bay; § 10 LPersVG Bln; § 9 LPersVG Brand; § 65 LPersVG Hess; § 58 LPersVG Nds; § 7 LPersVG NW; § 8 LPersVG RhP; § 9 LPersVG Sachs; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Der öffentliche Arbeitgeber verfügt nicht über einen Dauerarbeitsplatz für einen Jugendvertreter, wenn er eine im Zeitpunkt des Ausbildungsendes unbesetzte Stelle für einen Arbeitnehmer freihalten muss, der wegen verminderter Erwerbsfähigkeit eine Rente auf Zeit erhält (BVerwG, Beschluss v. 9.12.2009 – 6 PB 35.09, ZfPR *online* 3/2010, S. 2).

## 8. Weiterbeschäftigungsverlangen eines Jugend- und Auszubildendenvertreters per E-Mail/Schriftformerfordernis

(§ 9 BPersVG; Art. 9 LPersVG Bay; § 10 LPersVG Bln; § 9 LPersVG Brand; § 65 LPersVG Hess; § 58 LPersVG Nds; § 7 LPersVG NW; § 8 LPersVG RhP; § 9 LPersVG Sachs; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Das Schriftformerfordernis für ein Weiterbeschäftigungsverlangen des § 9 Abs. 2 BPersVG ist nicht durch eine E-Mail des Beschäftigten (Auszubildenden) erfüllt, die den Anforderungen des § 124a BGB nicht genügt.

Das Vorliegen der tatbestandlichen Voraussetzungen des § 9 Abs. 2 BPersVG ist im Verfahren gemäß § 9 Abs. 4 BPersVG von Amts wegen festzustellen. Die materielle Beweislast für die Nichterweislichkeit trägt der Beschäftigte (Auszubildende).

Wird vom Arbeitgeber im Beschwerdeverfahren erstmals mit einer unselbstständigen Anschlussbeschwerde die Feststellung begehrt, dass ein Arbeitsverhältnis nicht gemäß § 9 Abs. 2 BPersVG als begründet gilt, ist die Anschlussbeschwerde innerhalb der Frist des § 524 Abs. 2 Satz 2 ZPO zulässig, die Ausschlussfrist des § 9 Abs. 4 Satz 1 BPersVG gilt nicht (OVG Hamburg, Beschluss v. 15.1.2010 – 8 Bf 272/09.PVL, ZfPR *online* 3/2010, S. 10).

## **9. Weiterbeschäftigung eines Jugendvertreters/Geeigneter und besetzbarer Arbeitsplatz**

(§ 9 BPersVG; Art. 9 LPersVG Bay; § 10 LPersVG Bln; § 9 LPersVG Brand; § 65 LPersVG Hess; § 58 LPersVG Nds; § 7 LPersVG NW; § 8 LPersVG RhP; § 9 LPersVG Sachs; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Darüber, ob in der Ausbildungsdienststelle bzw. - im Falle eines Mitgliedes einer Jugend- und Auszubildendenstufenvertretung - in den Dienststellen des Geschäftsbereichs der übergeordneten Dienststelle ein geeigneter und besetzbarer Arbeitsplatz zur Verfügung steht, hat primär der Haushaltsgesetzgeber zu entscheiden.

Liegt eine der Qualifikation des Jugendvertreters entsprechende Zweckbestimmung des Haushaltsgesetzgebers nicht vor, so ist ein freier Arbeitsplatz nicht deswegen vorhanden, weil eine im maßgeblichen Zeitpunkt freie Stelle ohne Verstoß gegen das Haushaltsrecht mit dem Jugendvertreter besetzt werden könnte.

Auf der Entscheidungsebene der Stellenbesetzung kommt der in § 9 BPersVG normierte qualifizierte Diskriminierungsschutz zum Tragen, welcher - über § 8 BPersVG hinaus - selbst dann eintritt, wenn nachgewiesen werden kann, dass der Arbeitgeber den Betroffenen nicht wegen seiner Tätigkeit für die Jugend- und Auszubildendenvertretung benachteiligt hat (BVerwG, Beschluss v. 7.12.2009 – 6 PB 34.09, ZfPR *online* 9/2010, S. 2).

## **10. Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung von Auszubildendenvertretern bei fehlender Personalhoheit**

(§ 9 BPersVG; Art. 9 LPersVG Bay; § 10 LPersVG Bln; § 9 LPersVG Brand; § 65 LPersVG Hess; § 58 LPersVG Nds; § 7 LPersVG NW; § 8 LPersVG RhP; § 9 LPersVG Sachs; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Für die (Un-)Zumutbarkeit der Weiterbeschäftigung eines Jugendvertreters nach Ausbildungsende im Rahmen eines Auflösungsbegehrens des öffentlichen Arbeitgebers nach § 9 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BPersVG ist allein auf die Ausbildungsdienststelle abzustellen.

Mit dem Übergang der Aufgaben der Staatlichen Vermessungsämter auf die Landratsämter als untere Verwaltungsbehörden nach Art. 1 Abs. 8 VRG sind diese Ausbildungsdienststellen geworden. Arbeitgeber des zum Vermessungstechniker Auszubildenden ist das Land Baden-Württemberg geblieben, mit dem der Berufsausbildungsvertrag geschlossen worden ist.

Da die für die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde erforderlichen Bediensteten nach § 52 Abs. 1 Satz 1 LKrO vom Landkreis gestellt werden, ist das Land Baden-Württemberg als Arbeitgeber wegen fehlender Personalhoheit gehindert, einem Jugendvertreter nach Beendigung seiner Ausbildung beim Landratsamt (als Ausbildungsdienststelle) einen ausbildungsadäquaten Dauerarbeitsplatz bereitzustellen. Dies führt zur Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung im Sinne eines Auflösungsbegehrens des Arbeitgebers nach § 9 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BPersVG (VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 16.9.2008 – PL 15 S 533/08).

## **11. Jugend- und Auszubildendenvertreter/Schutz trotz Wahl kurz vor Ausbildungsende**

(§ 9 BPersVG; Art. 9 LPersVG Bay; § 10 LPersVG Bln; § 9 LPersVG Brand; § 65 LPersVG Hess; § 58 LPersVG Nds; § 7 LPersVG NW; § 8 LPersVG RhP; § 9 LPersVG Sachs; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Für die Frage, ob ein ausbildungsadäquater Dauerarbeitsplatz für ein Mitglied der Jugend- und Auszubildendenstufenvertretung zur Verfügung steht, kommt es auf alle Dienststellen im Geschäftsbereich der übergeordneten Dienststelle an, bei welcher die Jugend- und Auszubildendenstufenvertretung gebildet ist.

Lässt ein verwaltungsseitiger Einstellungsstopp Ausnahmen zu, so müssen diese so eindeutig gefasst sein, dass sich auch nur der Verdacht einer Benachteiligungsabsicht von vornherein, d. h. anhand objektiver Kriterien, ausschließen lässt.

Der Schutz des § 9 Abs. 2 SächsPersVG entfällt unter dem Gesichtspunkt des Rechtsmissbrauchs nicht deshalb, weil der Auszubildende erst kurz vor dem Ende seiner Ausbildung zum Jugend- und Auszubildendenvertreter gewählt worden ist (OVG Sachsen, Beschluss v. 1.4.2009 – PL 9 A 552/08).

## **12. Weiterbeschäftigung eines Jugendvertreters/Form- und Fristerfordernisse für einen negativen Feststellungsantrag des Arbeitgebers**

(§ 9 BPersVG; Art. 9 LPersVG Bay; § 10 LPersVG Bln; § 9 LPersVG Brand; § 65 LPersVG Hess; § 58 LPersVG Nds; § 7 LPersVG NW; § 8 LPersVG RhP; § 9 LPersVG Sachs; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Bestreitet der öffentliche Arbeitgeber, dass ein Arbeitsverhältnis zwischen ihm und dem Jugendvertreter nach Maßgabe von § 9 Abs. 2 und 3 BPersVG überhaupt begründet worden ist, so ist auf das dahingehende negative Feststellungsbegehren das Fristerfordernis nach § 9 Abs. 4 Satz 1 BPersVG nicht analog anzuwenden.

Für das Weiterbeschäftigungsverlangen des Jugendvertreters nach § 9 Abs. 2 BPersVG gilt das Schriftformerfordernis nach § 126 Abs. 1 BGB.

Bedient sich der öffentliche Arbeitgeber zur Antragstellung nach § 9 Abs. 4 Satz 1 BPersVG eines Rechtsanwalts, so liegt ein rechtswirksames Auflösungsbegehren nur dann vor, wenn der Rechtsanwalt die schriftliche Vollmacht, die von der zur gerichtlichen Vertretung des Arbeitgebers befugten Person ausgestellt ist, innerhalb der Ausschlussfrist bei Gericht einreicht (BVerwG, Beschluss v. 18.8.2010 – 6 P 15.09, ZfPR *online* 1/2011, S. 2).

## **13. Wahlrecht der Soldaten zu Personalvertretungen**

(§ 13 BPersVG; § 11 LPersVG BW; Art. 13 LPersVG Bay; § 12 LPersVG Bln; § 13 LPersVG Brand; § 9 LPersVG Bre; § 11 LPersVG Hbg; § 9 LPersVG Hess; § 11 LPersVG MV; § 11 LPersVG Nds; § 10 LPersVG NW; § 10 LPersVG RhP; § 12 LPersVG Saar; § 13 LPersVG Sachs; § 13 PersVG LSA; § 11 MBG SH; § 13 ThürPersVG)

Zur Beurteilung einer ortsfesten Dienststelle der Luftwaffe als Einheit nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SBG (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 8.9.2010 - 17 LP 11/08).

## **14. Aktives und passives Wahlrecht von Leiharbeitskräften für einen Personalrat in Hessen**

(§ 13 BPersVG; § 11 LPersVG BW; Art. 13 LPersVG Bay; § 12 LPersVG Bln; § 13 LPersVG Brand; § 9 LPersVG Bre; § 11 LPersVG Hbg; § 9 LPersVG Hess; § 11 LPersVG MV; § 11 LPersVG Nds; § 10 LPersVG NW; § 10 LPersVG RhP; § 12 LPersVG Saar; § 13 LPersVG Sachs; § 13 PersVG LSA; § 11 MBG SH; § 13 ThürPersVG)

Nach den §§ 5 Satz 1, 9 HPVG i.V.m. Art. 37 Abs. 1 Verf HE haben Leiharbeitskräfte bei entsprechend langer Zugehörigkeit zur Dienststelle für den dort zu wählenden Personalrat ein aktives und ein passives Wahlrecht (VG Frankfurt a.M., Beschluss v. 18.3.2010 – 23 K 3864/09.F.PV).

## **15. Sechsmonatige Zugehörigkeit zum Geschäftsbereich der obersten Dienstbehörde als Wählbarkeitsvoraussetzung/Dienststelleneigenschaft der ARGEN**

(§ 14 BPersVG; § 12 LPersVG BW; Art. 14 LPersVG Bay; § 13 LPersVG Bln; § 14 LPersVG Brand; § 10 LPersVG Bre; § 12 LPersVG Hbg; § 10 LPersVG Hess; § 12 LPersVG MV; § 12 LPersVG Nds; § 11 LPersVG NW; § 11 LPersVG RhP; § 13 LPersVG Saar; § 14 LPersVG Sachs; § 14 PersVG LSA; § 12 MBG SH; § 14 ThürPersVG)

Das Wählbarkeitserfordernis, wonach der Wahlberechtigte am Wahltag sechs Monate dem Geschäftsbereich seiner obersten Dienstbehörde angehören muss, kann nicht durch eine langjährige Tätigkeit im Geschäftsbereich kompensiert werden, wenn diese unterbrochen war und seit ihrer Wiederaufnahme noch keine sechs Monate vergangen sind (BVerwG, Beschluss v. 4.2.2010 – 6 PB 38.09, ZfPR *online* 4/2010, S. 10).

## **16. Entscheidungsbefugnis in Personalangelegenheiten der Dienststelle**

(§ 14 BPersVG; § 12 LPersVG BW; Art. 14 LPersVG Bay; § 13 LPersVG Bln; § 14 LPersVG Brand; § 10 LPersVG Bre; § 12 LPersVG Hbg; § 10 LPersVG Hess; § 12 LPersVG MV; § 12 LPersVG Nds; § 11 LPersVG NW; § 11 LPersVG RhP; § 13 LPersVG Saar; § 14 LPersVG Sachs; § 14 PersVG LSA; § 12 MBG SH; § 14 ThürPersVG)

Zu den Personen, die im Sinne von § 65 Abs. 3 Nr. 2 Alt. 2 NdsPersVG in Personalangelegenheiten der Dienststelle entscheiden, zählt ein Beschäftigter, der für mitbestimmungspflichtige Einstellungen dienststellenintern die Verantwortung trägt; dies ist auch der Fall, wenn er die Auswahlentscheidung trifft, die Begründung des Arbeits- oder Beamtenverhältnisses aber durch die Personalverwaltung vorgenommen wird (BVerwG, Beschluss v. 17.5.2010 – 6 P 7.09, ZfPR *online* 8/2010, S. 2).

## **17. Wahlanfechtung wegen Angabe „Personalrat“ als Beschäftigungsstelle auf dem Stimmzettel**

(§ 25 BPersVG; § 25 LPersVG BW; Art. 25 LPersVG Bay; § 22 LPersVG Bln; § 25 LPersVG Brand; § 21 LPersVG Bre; § 26 LPersVG Hbg; § 22 LPersVG Hess; § 18 LPersVG MV; § 21 LPersVG Nds; § 22 LPersVG NW; § 19 LPersVG RhP; § 25 LPersVG Saar; § 23 LPersVG Sachs; § 27 PersVG LSA; § 18 MBG SH; § 25 ThürPersVG)

Die Bezeichnung „Personalrat“ als Beschäftigungsstelle auf dem Stimmzettel bzw. der dort aufgeführten Vorschlagsliste stellt einen Verstoß gegen eine wesentliche Vorschrift des Wahlverfahrens i. S. d. § 22 Abs. 1 LPVG dar. Dieser Verstoß begründet die erfolgreiche Wahlanfechtung, weil er geeignet ist, die Entscheidung der Wähler und damit das Wahlergebnis zu beeinflussen (Leitsätze der Schriftleitung; VG Aachen, Beschluss v. 30.10.2008 – 16 K 1304/08.PVL, ZfPR *online* 6/2010, S. 11).

## **18. Ausschluss aus dem Personalrat wegen Verletzung der Schweigepflicht**

(§ 28 BPersVG; § 28 LPersVG BW; Art. 28 LPersVG Bay; § 25 LPersVG Bln; § 28 LPersVG Brand; § 25 LPersVG Bre; § 28 LPersVG Hbg; § 25 LPersVG Hess; § 21 LPersVG MV; § 24 LPersVG Nds; § 25 LPersVG NW; § 22 LPersVG RhP; § 27 LPersVG Saar; § 28 LPersVG Sachs; § 27 Abs. 3-6 PersVG LSA; § 21 MBG SH; § 28 ThürPersVG)

Die Unterrichtung eines Außenstehenden über die in einer Personalratssitzung gemachten Diskussionsbeiträge eines Personalratsmitglieds rechtfertigt für sich allein den Ausschuss aus dem Personalrat. Der Darlegung einer Wiederholungsgefahr bedarf es nicht.

Die Verschwiegenheitspflicht gilt auch und besonders bei politisch brisanten Themen, die vor allem geeignet sind, den Arbeitsfrieden innerhalb der Dienststelle und darüber hinaus zu gefährden. Dass parallel zu den Beratungen im Personalrat eine Diskussion und eine Kommunikation des Themas auch außerhalb des Personalrats stattfindet, schränkt die Schweigepflicht der Personalratsmitglieder über in der Sitzung gemachte Diskussionsbeiträge der Personalratsmitglieder nicht ein.

Ein offener Kommunikationsprozess führt nicht dazu, dass die Willensbildung innerhalb der Gremien und die Beiträge ihrer Mitglieder offenkundig wären (Leitsätze der Schriftleitung; VGH Bayern, Beschluss v. 2.11.2009 – 17 P 08.2325, ZfPR *online* 2/2011, S. 13).

## **19. Kein Rückgriff auf andere Vorschlagslisten beim Nachrücken von Ersatzmitgliedern in den Personalrat**

(§ 31 BPersVG; § 31 LPersVG BW; Art. 31 LPersVG Bay; § 28 LPersVG Bln; § 31 LPersVG Brand; § 28 LPersVG Bre; § 31 LPersVG Hbg; § 28 LPersVG Hess; § 23 LPersVG MV; § 27 LPersVG Nds; § 28 LPersVG NW; § 36 LPersVG RhP; § 30 LPersVG Saar; § 31 LPersVG Sachs; § 23 PersVG LSA, § 25 MBG SH; § 31 ThürPersVG)

Nach § 23 Abs. 2 Satz 1 MBGSH werden die Ersatzmitglieder aus den nicht gewählten Beschäftigten derjenigen Vorschlagslisten entnommen, denen die zu ersetzenden Personalratsmitglieder angehören; damit ist ein Rückgriff auf andere Vorschlagslisten ausgeschlossen, und zwar auch dann, wenn zugleich die Voraussetzungen für eine außerordentliche Personalratsneuwahl nach § 20 Abs. 1 Nr. 2 MBG SH eintreten (BVerwG, Beschluss v. 30.11.2010 – 6 PB 16.10, ZfPR *online* 3/2011, S. 2).

## **20. Wahl von Vorstandsmitgliedern durch Losentscheid**

(§ 32 BPersVG; §§ 32, 33 LPersVG BW; Art. 32, 33 LPersVG Bay; § 29 LPersVG Bln; §§ 30, 32 LPersVG Bre; § 32 LPersVG Hbg; § 29 LPersVG Hess; § 24 LPersVG MV; § 28 LPersVG Nds; § 29 LPersVG NW; §§ 26, 27 LPersVG RhP; §§ 31, 32 LPersVG Saar; §§ 33, 34 LPersVG Sachs; §§ 30, 31 PersVG LSA; § 24 MBG SH; § 33 ThürPersVG)

Das Tatbestandsmerkmal „gewählt“ in § 42 Abs. 3 Satz 2 LPVG NRW ist nicht geeignet, um zwischen den für eine Freistellung vorzuschlagenden Vorstandsmitgliedern zu unterscheiden, weil nach § 29 LPVG NRW alle Vorstandsmitglieder gewählt werden.

Ein Vorstandsmitglied ist auch dann gewählt i. S. v. § 43 Abs. 3 Satz 2 LPVG NRW, wenn das bei seiner Wahl eingetretene Stimmenpatt durch Losentscheid aufgelöst worden ist. Ein Losentscheid durch Münzwurf ist rechtlich nicht zu beanstanden.

Auch ein Gruppenvorstandsmitglied, das sein Amt durch Losentscheid nach Stimmenpatt erreicht hat, ist vorrangig vor den vom Personalratsplenum nach § 29 Abs. 4 LPVG NRW hinzugewählten Vorstandsmitgliedern für eine Freistellung vorzuschlagen (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 12.7.2010 – 16 A 3259/08.PVL, ZfPR *online* 9/2010, S. 7).

## **21. Wahl der Gruppenvorstandsmitglieder**

(§ 32 BPersVG; §§ 32, 33 LPersVG BW; Art. 32, 33 LPersVG Bay; § 29 LPersVG Bln; §§ 30, 32 LPersVG Bre; § 32 LPersVG Hbg; § 29 LPersVG Hess; § 24 LPersVG MV; § 28 LPersVG Nds; § 29 LPersVG NW; §§ 26, 27 LPersVG RhP; §§ 31, 32 LPersVG Saar; §§ 33, 34 LPersVG Sachs; §§ 30, 31 PersVG LSA; § 24 MBG SH; § 33 ThürPersVG)

Die Wahl der Gruppenvorstandsmitglieder des Personalrats findet vor der Wahl der Ergänzungsmitglieder statt.

Macht eine Gruppe im Personalrat von ihrem Recht, das auf sie entfallende Vorstandsmitglied zu wählen, keinen Gebrauch, so verliert sie ihren Anspruch auf Bestellung eines Gruppensprechers.

Die Personalratsmitglieder der zweitstärksten Liste missbrauchen nicht ihre Rechtsposition aus § 29 Abs. 4 Satz 2 NWPersVG, wenn sie das Angebot der Mehrheit, ihnen das Amt des Gruppensprechers der Beamten zu verschaffen, nicht annehmen, sondern darauf beharren, dass eine Arbeitnehmervertreterin oder ein -vertreter aus ihren Reihen in den Vorstand aufgenommen wird (BVerwG, Beschluss v. 19.8.2010 – 6 PB 10.10, ZfPR *online* 11/2010, S. 8).

## **22. Ergänzung der Tagesordnung kurz vor oder in der Personalratssitzung**

(§ 34 BPersVG; §§ 34, 35 LPersVG BW; Art. 34 LPersVG Bay; §§ 30, 31 LPersVG Bln; §§ 34, 40 LPersVG Brand; §§ 31, 32 LPersVG Bre; §§ 34, 35, 37 LPersVG Hbg; § 31 LPersVG Hess; §§ 25, 40 LPersVG MV; §§ 29, 30 LPersVG Nds; § 30 LPersVG NW; §§ 29, 32 LPersVG RhP; §§ 33, 34 LPersVG Saar; § 35 LPersVG Sachs; §§ 32, 38 LPersVG LSA; § 25 MBG SH; § 34 ThürPersVG)

Eine Ergänzung der Tagesordnung zu Beginn einer Personalratssitzung ist nur dann zulässig, wenn alle Mitglieder des Personalrats (bei Verhinderung vertreten durch die zuständigen Ersatzmitglieder)



anwesend und mit der Ergänzung einverstanden sind (Leitsatz der Schriftleitung; VG Köln, Beschluss v. 2.11.2009 – 34 K 6530/08.PVL, ZfPR *online* 3/2010, S. 14).

### **23. Nutzung eines dienststelleninternen elektronischen Kommunikationssystems durch Personalrat und Weiterleitung von Bekanntmachungen**

(§ 44 BPersVG; § 45 LPersVG BW; Art. 44 LPersVG Bay; § 40 LPersVG Bln; § 44 LPersVG Brand; § 41 LPersVG Bre; § 46 LPersVG Hbg; § 42 LPersVG Hess; § 35 LPersVG MV; § 37 LPersVG Nds; § 40 LPersVG NW; § 43 LPersVG RhP; § 43 LPersVG Saar; § 45 LPersVG Sachs; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Gestattet der Dienststellenleiter dem Personalrat die Mitbenutzung eines dienststelleninternen E-Mail-Systems, so ist die Weiterleitung von Bekanntmachungen des Personalrats - von den Fällen strafbaren Verhaltens abgesehen - nicht vom Ergebnis einer Inhaltskontrolle abhängig; hält der Dienststellenleiter eine Veröffentlichung für unzulässig, so ist er auf die Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtsschutzes verwiesen (BVerwG, Beschluss v. 27.10.2009 – 6 P 11.08, ZfPR *online* 1/2010, S. 3).

### **24. Kostenerstattung an überwiegend freigestellte Personalratsmitglieder für Fahrten zwischen Wohnort und Personalratsitz**

(§ 44 BPersVG; § 45 LPersVG BW; Art. 44 LPersVG Bay; § 40 LPersVG Bln; § 44 LPersVG Brand; § 41 LPersVG Bre; § 46 LPersVG Hbg; § 42 LPersVG Hess; § 35 LPersVG MV; § 37 LPersVG Nds; § 40 LPersVG NW; § 43 LPersVG RhP; § 43 LPersVG Saar; § 45 LPersVG Sachs; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Ein überwiegend freigestelltes Personalratsmitglied hat Anspruch auf Reisekostenvergütung nach § 45 Abs. 1 Satz 2 SächsPersVG i. V. m. § 21 SächsRKG und § 6 SächsTGV in Form von Trennungsgeld. Offen bleibt, ob bei Vorliegen eines triftigen Grundes für die Benutzung seines privaten Kraftfahrzeugs eine Erstattung nach erhöhten Kilometersätzen in entsprechender Anwendung des § 6 Abs. 2 SächsRKG in Betracht kommt (OVG Sachsen, Beschluss v. 9.10.2008 – PL 9 A 219/08, ZfPR *online* 1/2010, S. 15).

### **25. Kostenerstattung bei Zumutbarkeit der täglichen Rückkehr freigestellter Mitglieder der Stufenvertretung zum Wohnort**

(§ 44 BPersVG; § 45 LPersVG BW; Art. 44 LPersVG Bay; § 40 LPersVG Bln; § 44 LPersVG Brand; § 41 LPersVG Bre; § 46 LPersVG Hbg; § 42 LPersVG Hess; § 35 LPersVG MV; § 37 LPersVG Nds; § 40 LPersVG NW; § 43 LPersVG RhP; § 43 LPersVG Saar; § 45 LPersVG Sachs; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Freigestellte Mitglieder der Stufenvertretung erhalten für die Fahrten vom Wohnort zum Sitz der übergeordneten Dienststelle Trennungsgeld nach § 42 Abs. 2, § 53 Abs. 1 Satz 1 SAPersVG i.V.m. § 15 Abs. 1 Satz 1 BRKG.

Die Gewährung der Großen Wegstreckenentschädigung nach § 5 Abs. 2 BRKG kommt in Betracht, wenn dem Personalratsmitglied die tägliche Rückkehr zum Wohnort zuzumuten ist, die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ausscheidet und die zu seinen Gunsten eingreifenden Regelungen in § 6 TGV und § 5 Abs. 1 BRKG eine auch nur annähernd kostendeckende Erstattung nicht zulassen.

Die tägliche Rückkehr zum Wohnort ist dem Bediensteten abweichend von der Regelvermutung in § 3 Abs. 1 Satz 2 TGV zuzumuten, wenn das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel völlig unzulänglich ist und der Bedienstete mit dem von ihm eingesetzten Kraftfahrzeug die zeitlichen Grenzen in § 3 Abs. 1 Satz 2 TGV einhält (BVerwG, Beschluss v. 12.11.2009 – 6 PB 17.09, ZfPR *online* 2/2010, S. 9).

### **26. Reisekostenvergütung für nicht überwiegend freigestellte Personalratsmitglieder der Stufenvertretung**

(§ 44 BPersVG; § 45 LPersVG BW; Art. 44 LPersVG Bay; § 40 LPersVG Bln; § 44 LPersVG Brand; § 41 LPersVG Bre; § 46 LPersVG Hbg; § 42 LPersVG Hess; § 35 LPersVG MV; § 37 LPersVG Nds; § 40 LPersVG NW; § 43 LPersVG RhP; § 43 LPersVG Saar; § 45 LPersVG Sachs; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)



Nicht überwiegend freigestellte Mitglieder der Stufenvertretung erhalten für die Fahrten zwischen Wohnort und Geschäftsstelle der Stufenvertretung nicht Trennungsgeld, sondern Reisekostenvergütung.

Die Wegstreckenentschädigung richtete sich nach § 6 Abs. 2 Satz 1 SächsRKG a.F., wenn der Beamte bestimmungsgemäß ein Kraftfahrzeug benutzte, das als im überwiegenden dienstlichen Interesse gehalten anerkannt war; in diesen Fällen bedurfte es der Prüfung und Anerkennung eines triftigen Grundes nach § 6 Abs. 1 Satz 2 SächsRKG a.F. nicht (BVerwG, Beschluss v. 28.1.2010 – 6 P 1.09, ZfPR *online* 3/2010, S. 3).

## **27. Erstattung der von freigestellten Mitgliedern der Stufenvertretung auf die Wegstreckenentschädigung abgeführten Einkommensteuer**

(§ 44 BPersVG; § 45 LPersVG BW; Art. 44 LPersVG Bay; § 40 LPersVG Bln; § 44 LPersVG Brand; § 41 LPersVG Bre; § 46 LPersVG Hbg; § 42 LPersVG Hess; § 35 LPersVG MV; § 37 LPersVG Nds; § 40 LPersVG NW; § 43 LPersVG RhP; § 43 LPersVG Saar; § 45 LPersVG Sachs; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Freigestellte Mitglieder der Stufenvertretung haben Anspruch auf Erstattung der Einkommensteuer, die von dem ihnen bewilligten Trennungsgeld in Gestalt der Wegstreckenentschädigung abgeführt wurde (BVerwG, Beschluss v. 25.6.2009 – 6 PB 15.09, ZfPR *online* 4/2010, S. 2).

Wahlrecht zum Personalrat von Beamten und Arbeitnehmern der Bundeswehr bei Zuweisung von Tätigkeit in Kooperationsbetrieb

Beamte und Arbeitnehmer der Bundeswehr bleiben zum Personalrat ihrer Beschäftigungsdienststelle wahlberechtigt und wählbar, wenn ihnen im Rahmen eines Kooperationsprojekts eine Tätigkeit in einem privaten Wirtschaftsunternehmen zugewiesen wird; die Bestimmung einer anderen Dienststelle zur personalbearbeitenden Dienststelle ändert daran nichts (BVerwG, Beschluss v. 14.12.2009 - 6 P 16.08, ZfPR *online* 4/2010, S. 3).

## **28. Reisekosten von Mitgliedern des Bezirkspersonalrats in Form der großen Wegstreckenentschädigung**

(§ 44 BPersVG; § 45 LPersVG BW; Art. 44 LPersVG Bay; § 40 LPersVG Bln; § 44 LPersVG Brand; § 41 LPersVG Bre; § 46 LPersVG Hbg; § 42 LPersVG Hess; § 35 LPersVG MV; § 37 LPersVG Nds; § 40 LPersVG NW; § 43 LPersVG RhP; § 43 LPersVG Saar; § 45 LPersVG Sachs; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren kommt das vereinfachte Verfahren der Beschlussergänzung nach § 321 ZPO nicht in Betracht, wenn das Oberverwaltungsgericht einen Anspruch rechtsirrtümlich nicht beschieden hat; ein dahingehender Verfahrensfehler ist der Gehörsrüge im Rahmen der Nichtzulassungsbeschwerde zugänglich.

Die Gewährung der großen Wegstreckenentschädigung nach § 5 Abs. 2 BRKG an Personalratsmitglieder kommt in Betracht, wenn die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ausscheidet und die Regelung in § 5 Abs. 1 BRKG eine auch nur annähernd kostendeckende Erstattung nicht zulässt (BVerwG, Beschluss v. 1.7.2010 – 6 PB 7.10, ZfPR *online* 8/2010, S. 5).

## **29. Anspruch des Personalrats auf Zuteilung einer qualifizierten Bürokräft**

(§ 44 BPersVG; § 45 LPersVG BW; Art. 44 LPersVG Bay; § 40 LPersVG Bln; § 44 LPersVG Brand; § 41 LPersVG Bre; § 46 LPersVG Hbg; § 42 LPersVG Hess; § 35 LPersVG MV; § 37 LPersVG Nds; § 40 LPersVG NW; § 43 LPersVG RhP; § 43 LPersVG Saar; § 45 LPersVG Sachs; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Der Personalrat hat Anspruch auf Zuteilung einer qualifizierten Bürokräft, wenn und soweit dies für die ordnungsgemäße Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich ist. Hierbei ist eine typisierende Betrachtungsweise zulässig.

Die Auswahl erfolgt durch den Dienststellenleiter; das Mitspracherecht des Personalrats beschränkt sich auf die fachliche Qualifikation sowie die notwendige Vertrauenswürdigkeit (Leitsätze der Schriftleitung, VG Ansbach, Beschluss v. 23.3.2010 – AN 8 P 10.00006, ZfPR *online* 8/2010, S. 13).

### **30. Erstattungsfähigkeit von Kosten für ortsfremden Rechtsanwalt**

(§ 44 BPersVG; § 45 LPersVG BW; Art. 44 LPersVG Bay; § 40 LPersVG Bln; § 44 LPersVG Brand; § 41 LPersVG Bre; § 46 LPersVG Hbg; § 42 LPersVG Hess; § 35 LPersVG MV; § 37 LPersVG Nds; § 40 LPersVG NW; § 43 LPersVG RhP; § 43 LPersVG Saar; § 45 LPersVG Sachs; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Beauftragt der Personalrat einen auswärtigen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung seiner Interessen in einem personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren, so kann dies vertretbar und sachlich gerechtfertigt sein, wenn es sich um ein Verfahren handelt, das Schwierigkeiten aufweist, zu deren Beurteilung der betreffende Anwalt in besonderem Maße sach- und rechtskundig ist.

Der Personalrat hat bei der Entscheidung über die Hinzuziehung eines auswärtigen Rechtsanwalts den Nutzen abzuwägen mit den gegen die Beauftragung eines ortsfremden Anwalts sprechenden Belangen der Sparsamkeit bei der Ausführung des Haushaltsplans (vgl. § 7 LHO LSA), denen bei Mehrkosten verursachenden Entscheidungen des Personalrats in der Abwägung grundsätzlich ein bestimmendes Gewicht beizumessen ist. Anderes gilt indes dann, wenn die mit der Beauftragung des auswärtigen Anwalts verbundenen Mehrkosten im Verhältnis zu dem mit der Beauftragung eines ortsansässigen Anwalts verbundenen Aufwand unter 10 v. H. liegen und damit im Verhältnis zu dem ohne weiteres zulässigen Aufwand als eher geringfügig angesehen werden dürfen (OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 12.3.2009 – 5 L 6/07).

### **31. Kosten anwaltlicher Prozessvertretung/Haltlosigkeit der Einleitung des Beschlussverfahrens**

(§ 44 BPersVG; § 45 LPersVG BW; Art. 44 LPersVG Bay; § 40 LPersVG Bln; § 44 LPersVG Brand; § 41 LPersVG Bre; § 46 LPersVG Hbg; § 42 LPersVG Hess; § 35 LPersVG MV; § 37 LPersVG Nds; § 40 LPersVG NW; § 43 LPersVG RhP; § 43 LPersVG Saar; § 45 LPersVG Sachs; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Grundsätzlich ist in einem gerichtlichen Verfahren aus Anlass der Durchsetzung, Klärung oder Wahrnehmung der dem Personalrat zustehenden personalvertretungsrechtlichen Befugnisse und Rechte die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts geboten und hat die Dienststelle die entstandenen Kosten des Rechtsanwalts zu tragen. Etwas anderes gilt nur dann, wenn das personalvertretungsrechtliche Beschlussverfahren aus haltlosen Gründen oder mutwillig in Gang gesetzt worden ist. Von Haltlosigkeit ist auszugehen, wenn die Rechtsverfolgung von vornherein offensichtlich aussichtslos war. Das kann - von dem Ausnahmefall einer objektiv willkürlichen oder schlechthin unvertretbaren Entscheidung der Vorinstanz abgesehen - nicht angenommen werden, wenn der Personalrat mit seiner Rechtsauffassung im erstinstanzlichen Verfahren obsiegt hat (OVG Sachsen, Beschluss v. 1.4.2009 – PL 9 A 78/08).

### **32. Fiktive Laufbahnnachzeichnung bei Abordnung eines Personalratsmitglieds zum Zwecke der Erprobung**

(§ 46 BPersVG; § 47 LPersVG BW; Art. 46 LPersVG Bay; § 42 LPersVG Bln; §§ 45, 46 LPersVG Brand; § 39 LPersVG Bre; §§ 48, 49 LPersVG Hbg; § 40 LPersVG Hess; §§ 38, 39 LPersVG MV; §§ 39, 40 LPersVG Nds; § 42 LPersVG NW; §§ 39, 40, 41 LPersVG RhP; § 45 LPersVG Saar; §§ 46, 47 LPersVG Sachs; §§ 44, 45 PersVG LSA; § 36 MBG SH; §§ 45, 46, 47 ThürPersVG)

Bei der Abordnung eines Beamten zum Zwecke der Erprobung nach § 40 Satz 2 Nr. 3 LVO NRW bedarf es keiner Ermessenserwägungen über eine Gestaltung der Erprobung, die dem Beamten abweichend von § 26 Abs. 2 LPVG NRW seine Mitgliedschaft im Personalrat der abordnenden Behörde erhält.

Auch eine Erprobung, die einen Wechsel in die Laufbahn des höheren Dienstes und die Verleihung eines entsprechenden Beförderungsamtes vorbereiten soll, ist bei einem an der tatsächlichen Durchführung der Erprobung gehinderten Mitglied eines Personalrats einer fiktiven Laufbahnnachzeichnung zugänglich (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 30.10.2009 – 6 B 1496/09, ZfPR *online* 1/2010, S. 12).

### **33. Fiktive Nachzeichnung des beruflichen Werdegangs/Schadensersatzanspruch aufgrund verspäteter Beförderung**

(§ 46 BPersVG; § 47 LPersVG BW; Art. 46 LPersVG Bay; § 42 LPersVG Bln; §§ 45, 46 LPersVG Brand; § 39 LPersVG Bre; §§ 48, 49 LPersVG Hbg; § 40 LPersVG Hess; §§ 38, 39 LPersVG MV; §§ 39, 40 LPersVG Nds; § 42 LPersVG NW; §§ 39, 40, 41 LPersVG RhP; § 45 LPersVG Saar; §§ 46, 47 LPersVG Sachs; §§ 44, 45 PersVG LSA; § 36 MBG SH; §§ 45, 46, 47 ThürPersVG)

Ein Beamter kann von seinem Dienstherrn Ersatz des ihm durch eine verspätete Beförderung entstandenen Schadens verlangen, wenn der Dienstherr bei der Vergabe eines Beförderungsamtes den aus Art. 33 Abs. 2 GG folgenden Anspruch des Beamten auf leistungsgerechte Einbeziehung in die Bewerberauswahl schuldhaft (Rn.121) verletzt (Rn.39) hat, der Beamte es nicht schuldhaft versäumt hat, den Schaden durch Gebrauch eines Rechtsmittels (Rn.134) abzuwenden und dem Beamten das Amt ohne diesen Rechtsverstoß voraussichtlich übertragen worden wäre (Rn.149). Rechtsgrundlage dieses Schadensersatzanspruchs ist das Beamtenverhältnis. (Hier besteht dieser Anspruch unter den gleichen Voraussetzungen auch im Soldatenverhältnis, da die Rechts- und Interessenlage in einschlägigen Fällen im Soldatenverhältnis ohne weiteres derjenigen vergleichbar ist, wie sie im Beamtenverhältnis besteht (Orientierungssätze; OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil v. 8.6.2010 – 1 A 2859/07, ZfPR *online* 3/2011, S. 8).

### **34. Fiktive Nachzeichnung des beruflichen Werdegangs eines freigestellten Personalratsmitglieds/Nachwirkende Entgeltgarantie**

(§ 46 BPersVG; § 47 LPersVG BW; Art. 46 LPersVG Bay; § 42 LPersVG Bln; §§ 45, 46 LPersVG Brand; § 39 LPersVG Bre; §§ 48, 49 LPersVG Hbg; § 40 LPersVG Hess; §§ 38, 39 LPersVG MV; §§ 39, 40 LPersVG Nds; § 42 LPersVG NW; §§ 39, 40, 41 LPersVG RhP; § 45 LPersVG Saar; §§ 46, 47 LPersVG Sachs; §§ 44, 45 PersVG LSA; § 36 MBG SH; §§ 45, 46, 47 ThürPersVG)

Die Regelungen in § 39 Abs. 1 Satz 2, Abs. 9 Satz 2 BremPersVG enthalten – wie § 8, § 46 Abs. 3 Satz 6 BPersVG und § 78 Satz 2 BetrVG – das an den Arbeitgeber gerichtete Gebot, dem Amtsträger die berufliche Entwicklung zukommen zu lassen, die er ohne die Amtstätigkeit genommen hätte. Der Anspruch kommt insbesondere bei einer Freistellung für Personalratstätigkeiten in Betracht. In einem solchen Fall bedarf es der fiktiven Nachzeichnung des beruflichen Werdegangs ohne die Freistellung. Hierdurch darf der Amtsträger weder besser noch schlechter gestellt werden als vergleichbare Arbeitnehmer ohne Personalratsamt.

Will der Amtsträger geltend machen, dass er ohne Ausübung seines Amtes oder ohne die Freistellung befördert worden wäre, hat er hierzu mehrere Möglichkeiten. Er kann zum einen dartun, dass seine Bewerbung auf eine bestimmte Stelle gerade wegen seiner Personalratstätigkeit und/oder Freistellung erfolglos geblieben ist. Er kann ferner dartun, dass er eine Bewerbung auf eine bestimmte Stelle gerade wegen der Amtstätigkeit unterlassen hat und die Bewerbung erfolgreich gewesen wäre oder nach Art. 33 Abs. 2 GG hätte sein müssen. Schließlich kann er auch geltend machen, dass eine tatsächliche oder fiktive Bewerbung ausschließlich deshalb keinen Erfolg gehabt hat oder gehabt hätte, weil ihm die erforderlichen aktuellen Fachkenntnisse gerade wegen der Personalratstätigkeit und/oder der Freistellung fehlten.

Nach § 39 Abs. 3 Satz 1 BremPersVG darf das Arbeitsentgelt von Mitgliedern des Personalrats einschließlich eines Zeitraums von einem Jahr nach Beendigung der Amtszeit nicht geringer bemessen sein als das vergleichbarer Bediensteter mit üblicher beruflicher Entwicklung. Für einen Anspruch nach dieser – im Wesentlichen § 37 Abs. 4 Satz 1 BetrVG entsprechenden – Bestimmung muss der Amtsinhaber dartun, dass die mit ihm bei der Amtsübernahme vergleichbaren Arbeitnehmer typischerweise eine entsprechende berufliche Entwicklung genommen haben. Der Umstand, dass dies bei einzelnen Arbeitnehmern der Fall war, genügt nicht (Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG; BAG, Urteil v. 14.7.2010 – 7 AZR 359/09, ZfPR *online* 3/2011, S. 15).

### **35. Benachteiligungsverbot von Personalratsmitgliedern**

(§ 46 BPersVG; § 47 LPersVG BW; Art. 46 LPersVG Bay; § 42 LPersVG Bln; §§ 45, 46 LPersVG Brand; § 39 LPersVG Bre; §§ 48, 49 LPersVG Hbg; § 40 LPersVG Hess; §§ 38, 39 LPersVG MV; §§ 39, 40 LPersVG Nds; § 42 LPersVG NW; §§ 39, 40, 41 LPersVG RhP; § 45 LPersVG Saar; §§ 46, 47 LPersVG Sachs; §§ 44, 45 PersVG LSA; § 36 MBG SH; §§ 45, 46, 47 ThürPersVG)

Eine nach § 8 SAPersVG verbotene Benachteiligung verlangt eine kausale Verknüpfung zwischen Schlechterstellung und Personalratsfunktion; auf eine Benachteiligungsabsicht kommt es dagegen nicht an (BVerwG, Beschluss v. 1.2.2010 – 6 PB 36.09, ZfPR *online* 3/2010, S. 8).

### **36. Benachteiligung durch Erlöschen der Mitgliedschaft im Polizei-Hauptpersonalrat nach sechsmonatiger Abordnung**

(§ 46 BPersVG; § 47 LPersVG BW; Art. 46 LPersVG Bay; § 42 LPersVG Bln; §§ 45, 46 LPersVG Brand; § 39 LPersVG Bre; §§ 48, 49 LPersVG Hbg; § 40 LPersVG Hess; §§ 38, 39 LPersVG MV; §§ 39, 40 LPersVG Nds; § 42 LPersVG NW; §§ 39, 40, 41 LPersVG RhP; § 45 LPersVG Saar; §§ 46, 47 LPersVG Sachs; §§ 44, 45 PersVG LSA; § 36 MBG SH; §§ 45, 46, 47 ThürPersVG)

Die sechsmonatige Abordnung eines Mitglieds des Polizei-Hauptpersonalrats an das Staatsministerium des Innern im Rahmen des Auswahlverfahrens zur Aufstiegsausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst führt zum Erlöschen der Mitgliedschaft in dieser Personalvertretung. Eine solche ausnahmslos vorgesehene Abordnung verstößt für am Auswahlverfahren teilnehmende Mitglieder des Polizei-Hauptpersonalrats gegen das Benachteiligungsverbot des § 8 SächsPersVG (§ 8 BPersVG) (OVG Sachsen, Beschluss v. 27.4.2010 – PL 9 A 453/08 (n.rkr.), ZfPR *online* 10/2010, S. 9).

### **37. Versetzungsschutz nach der Neuregelung des § 91 Abs. 1 Nr. 4 BPersVG/Rückversetzung von Personalratsmitgliedern aus Auslandsdienststellen ins Inland**

(§ 47 BPersVG; § 48 LPersVG BW; Art. 47 LPersVG Bay; § 44 LPersVG Bln; § 47 LPersVG Brand; § 56 LPersVG Bre; § 50 LPersVG Hbg; § 64 Abs. 2 LPersVG Hess; § 40 LPersVG MV; § 41 LPersVG Nds; § 43 LPersVG NW; § 70 LPersVG RhP; § 46 LPersVG Saar; § 48 LPersVG Sachs; § 46 PersVG LSA; § 38 MBG SH; § 47 ThürPersVG)

Die Wirkung der Neuregelung des § 91 Abs. 1 Nr. 4 BPersVG erfasst nicht lediglich die zukünftig zu wählenden Personalräte, sondern erstreckt sich auch auf die amtierenden Mitglieder von Personalvertretungen im Ausland.

Soweit der Versetzungsschutz des § 47 Abs. 2 BPersVG auf die Dauer einer regelmäßigen Amtszeit in dem durch § 26 festgelegten Umfang begrenzt wird, schließen die abstrakte Beschreibung der Amtsdauer und das gleichzeitige Fehlen einer Übergangsregelung es aus, die Wirkung dieser Neuregelung bei den amtierenden Personalratsmitgliedern erst auf etwaige künftige Amtszeiten zu erstrecken.

Die Regelung des § 91 Abs. 1 Nr. 4 BPersVG ist mit dem Rückwirkungsverbot vereinbar.

Mit der Rückversetzung eines Personalratsmitglieds, das gemäß § 91 Abs. 1 Nr. 4 BPersVG keinen Versetzungsschutz nach § 47 Abs. 2 BPersVG genießt, bezweckt der Dienstherr keine unzulässige Einflussnahme auf die Besetzung des Personalrats, sondern befolgt lediglich die durch Erlasse verbindlich festgelegten Grundsätze für die Dauer der Auslandsverwendung seiner Bediensteten. Dass bei kleinen Personalräten das vorzeitige Ausscheiden eines Personalratsmitglieds gemäß § 27 Abs. 2 Nr. 2 BPersVG zur Neuwahl führt, ist als zwangsläufige gesetzliche Folge hinzunehmen (Orientierungssätze; VG Köln, Beschluss v. 19.2.2010 - 33 K 6157/09.PVB, ZfPR *online* 6/2010, S. 15).

### **38. Außerordentliche Kündigung eines Personalratsmitglieds wegen missbräuchlicher Nutzung des Diensttelefons**

(§ 47 BPersVG; § 48 LPersVG BW; Art. 47 LPersVG Bay; § 44 LPersVG Bln; § 47 LPersVG Brand; § 56 LPersVG Bre; § 50 LPersVG Hbg; § 64 Abs. 2 LPersVG Hess; § 40 LPersVG MV; § 41 LPersVG Nds; § 43 LPersVG NW; § 70 LPersVG RhP; § 46 LPersVG Saar; § 48 LPersVG Sachs; § 46 PersVG LSA; § 38 MBG SH; § 47 ThürPersVG)

Personalratsmitglieder stehen jedem anderen Arbeitnehmer gleich, was die Frage der Pflichtverletzung aus dem Arbeitsvertrag und die Schwere der Verletzung betrifft. Im Verfahren auf Zustimmungsersetzung ist zu prüfen, ob eine außerordentliche Kündigung unter Berücksichtigung aller Umstände berechtigt wäre.

Bei der Beantwortung der Frage, ob die Weiterbeschäftigung eines Arbeitnehmers zumutbar ist, ist auch die von ihm wahrgenommene Stellung oder Funktion in den Blick zu nehmen. Je höher deren Bedeutung ist, desto weniger kann dem Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung eines Mitarbeiters zugemutet werden.

Die langandauernde Nutzung des dienstlichen Telefons durch den Arbeitnehmer für die Inanspruchnahme kostenpflichtiger Beratungsdienste (Wahrsagedienste) unter bewusster Täuschungshandlung rechtfertigt die außerordentliche Kündigung des Personalratsmitglieds (Orientierungssätze; VG Mainz, Urteil v. 2.2.2010 – 5 K 1390/09.MZ).

### **39. Teilnahmerecht der Stufenvertretung und des Gesamtpersonalrats in der Personalversammlung**

(§ 52 BPersVG; § 53 LPersVG BW; Art. 52 LPersVG Bay; § 46 Abs. 2, 3 LPersVG Bln; § 52 LPersVG Brand; § 47 LPersVG Bre; § 53 Abs. 2, 3 LPersVG Hbg; §§ 48, 49 LPersVG Hess; § 45 LPersVG MV; § 59 Abs. 1, 2 LPersVG Nds; § 49 LPersVG NW; § 53 LPersVG RhP; § 49 LPersVG Saar; § 53 LPersVG Sachs; § 51 Abs. 1, 2 PersVG LSA; § 46 MBG SH; § 52 ThürPersVG)

Das Teilnahmerecht der Stufenvertretung in der Personalversammlung wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass der Gesamtpersonalrat einen Vertreter entsendet (BVerwG, Beschluss v. 30.7.2010 – 6 P 11.09, ZfPR *online* 11/2010, S. 4).

### **40. Teilnahme von Personalratsmitgliedern an Gesprächen dienststellenfremder Dritter mit Bediensteten**

(§ 68 BPersVG; § 68 LPersVG BW; Art. 69 LPersVG Bay; §§ 72, 73 LPersVG Bln; §§ 58, 60 LPersVG Brand; § 54 LPersVG Bre; § 78 LPersVG Hbg; § 62 LPersVG Hess; §§ 60, 61 LPersVG MV; §§ 59, 60 LPersVG Nds; §§ 64, 65 LPersVG NW; § 69 PersVG RhP; §§ 68, 71 LPersVG Saar; § 73 LPersVG Sachs; § 57 PersVG LSA; § 49 MBG SH; § 68 ThürPersVG)

Die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) in Köln unterliegt dem LPVG NRW.

Der Personalrat hat nicht das Recht, an Gesprächen mit Beschäftigten teilzunehmen, die dienststellenfremde Dritte ohne Entscheidungsbefugnis für personelle Maßnahmen im Auftrag der Dienststelle führen, um aufzuklären, wie bestimmte Beschaffungsvorgänge abgelaufen sind (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 24.2.2010 – 16 A 566/08, ZfPR *online* 7/2010, S. 7).

### **41. Informationsanspruch des Personalratsmitglieds nach der Sitzung des Personalrats**

(§ 68 BPersVG; § 68 LPersVG BW; Art. 69 LPersVG Bay; §§ 72, 73 LPersVG Bln; §§ 58, 60 LPersVG Brand; § 54 LPersVG Bre; § 78 LPersVG Hbg; § 62 LPersVG Hess; §§ 60, 61 LPersVG MV; §§ 59, 60 LPersVG Nds; §§ 64, 65 LPersVG NW; § 69 PersVG RhP; §§ 68, 71 LPersVG Saar; § 73 LPersVG Sachs; § 57 PersVG LSA; § 49 MBG SH; § 68 ThürPersVG)

Die Übersendung von Abschriften der dem Vorstand zur Verfügung stehenden Unterlagen an die Personalratsmitglieder dient dazu, den Informationsvorsprung, den der Vorstand des Personalrats aufgrund seiner Stellung und seiner Aufgaben hat, auszugleichen. Zudem ist den Personalratsmitgliedern eine sachverständige Mitarbeit zumindest in tatsächlich und/oder rechtlich schwierigen Fällen nur möglich, wenn sie sich anhand der Informationen auf die Behandlung des Tagesordnungspunktes vorbereiten können. Da dieser Zweck durch eine Information nach der Sitzung nicht mehr erfüllt werden kann, besteht auch kein Anspruch auf Aushändigung von Abschriften und/oder Kopien dieser Unterlagen.

Ob im Zusammenhang mit dem bereits rechtskräftigen Ausschluss eines ehemaligen Personalratsmitglieds ein Anspruch von Mitgliedern des Personalrats jedenfalls auf Einsichtnahme in die diese Angelegenheit betreffenden Unterlagen auch noch nach der Sitzung besteht, bleibt offen (Leitsätze der Schriftleitung; OVG Sachsen, Beschluss v. 2.2.2010 – PL 9 B 393/08, ZfPR *online* 9/2010, S. 8).

## **42. Informationsrecht des Personalrats im Zusammenhang mit dem betrieblichen Eingliederungsmanagement**

(§ 68 BPersVG; § 68 LPersVG BW; Art. 69 LPersVG Bay; §§ 72, 73 LPersVG Bln; §§ 58, 60 LPersVG Brand; § 54 LPersVG Bre; § 78 LPersVG Hbg; § 62 LPersVG Hess; §§ 60, 61 LPersVG MV; §§ 59, 60 LPersVG Nds; §§ 64, 65 LPersVG NW; § 69 PersVG RhP; §§ 68, 71 LPersVG Saar; § 73 LPersVG Sachs; § 57 PersVG LSA; § 49 MBG SH; § 68 ThürPersVG)

Zur Frage, ob das Unterrichtungsschreiben des Dienststellenleiters gemäß § 84 Abs. 2 Satz 3 SGB IX nur mit Zustimmung der betroffenen Person dem Personalrat zur Kenntnis gebracht werden kann.

Der Personalrat kann nicht verlangen, dass der Dienststellenleiter ihm die auf das Unterrichtungsschreiben eingehenden Antwortschreiben der Beschäftigten ohne deren Zustimmung zur Kenntnis bringt.

§ 84 Abs. 2 Satz 1 SGB IX lässt den Beschäftigten auch die Wahl, dem betrieblichen Eingliederungsmanagement ohne Beteiligung der Personalvertretung zuzustimmen.

Der Bund hatte die Gesetzgebungskompetenz für die Regelung in § 84 Abs. 2 SGB IX auch, soweit dort Aufgaben und Befugnisse für die Personalvertretungen im Bereich der Länder normiert werden (BVerwG, Beschluss v. 23.6.2010 – 6 P 8.09, ZfPR *online* 12/2010, S. 2).

## **43. Letztentscheidungsrecht der obersten Dienstbehörde bei Verstreichen der Frist für die Entscheidung der Einigungsstelle**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Die zuständige Dienststelle darf in Personalangelegenheiten der Arbeitnehmer von ihrem Letztentscheidungsrecht Gebrauch machen und die beabsichtigte Maßnahme durchführen, wenn die Einigungsstelle die für ihre Sachentscheidung vorgesehene Frist nach § 64 Abs. 2 Satz 2 SAPersVG hat verstreichen lassen (BVerwG, Beschluss v. 19.8.2009 – 6 PB 20.09, ZfPR *online* 1/2010, S. 2).

## **44. Begriff des Dienststellenwechsels bei mitbestimmungspflichtiger Versetzung/Anforderung ergänzender Informationen durch den Personalrat**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Ob der für die mitbestimmungspflichtige Versetzung notwendige Dienststellenwechsel vorliegt, beurteilt sich nach Dienst- und Organisationsrecht; der personalvertretungsrechtliche Dienststellenbegriff ist nicht maßgeblich.

Ein noch ausstehendes Mitbestimmungsverfahren bei Neueingruppierung hindert nicht den Vollzug einer mitbestimmungsfreien Umsetzung.

Der Personalrat ist im Mitbestimmungsverfahren unter Umständen gehalten, noch innerhalb der Äußerungsfrist ergänzende Informationen zu der von der Dienststelle beabsichtigten Maßnahme zu verlangen (BVerwG, Beschluss v. 11.11.2009 – 6 PB 25.09, ZfPR *online* 1/2010, S. 8).

## **45. Informationsrecht des Personalrats in Form des Einblicks in Gagenlisten für Solomitglieder und Bühnentechniker**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)



Der Bühnenpersonalrat benötigt den Einblick in die nicht anonymisierten Listen der Vergütungen für Solomitglieder und Bühnentechniker, um seine allgemeinen Aufgaben aus § 67 Abs. 1 Satz 1 und § 68 Abs. 1 Nr. 2 BaWüPersVG erfüllen zu können (BVerwG, Beschluss v. 16.2.2010 – 6 P 5.09, ZfPR *online* 4/2010, S. 12).

#### **46. Zeitpunkt der Beteiligung des Personalrats in einer Kommune/Zuständigkeit des Gesamtpersonalrats für Umsetzung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Beabsichtigt der Bürgermeister einer Kommune eine beteiligungspflichtige Maßnahme, hat er das personalvertretungsrechtliche Beteiligungsverfahren einzuleiten, ohne den entsprechenden Beschluss des Stadtrates abzuwarten. Er ist verpflichtet, die im Beteiligungsverfahren gegen seinen Vorschlag vorgebrachten Einwände des Personalrats dem Stadtrat als dem für die Entscheidung zuständigen Organ zur Kenntnis zu bringen.

Bringt der Oberbürgermeister einer Gemeinde eine Beschlussvorlage in den Stadtrat ein, handelt er regelmäßig für die Gemeinde insgesamt und nicht für einzelne Dienststellen oder Eigenbetriebe der Gemeinde. Enthält die Beschlussvorlage personalvertretungsrechtlich relevante Tatbestände, ist regelmäßig der Gesamtpersonalrat und nicht die einzelnen örtlichen Personalräte zu beteiligen.

Für eine Beteiligung an der Umsetzung eines Haushaltskonsolidierungskonzept, das mehrere Bereiche der Kommune und ihrer Dienststellen/Eigenbetriebe betrifft, ist der Gesamtpersonalrat zuständig (Leitsätze der Schriftleitung; OVG Sachsen, Beschluss v. 18.9.2008 – PL 9 B 264/05, ZfPR *online* 5/2010, S. 13).

#### **47. Verfassungsmäßig zuständiges oberstes Organ einer Gemeinde für Letztentscheidung in personalvertretungsrechtlichen Angelegenheiten**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Die Feststellung, bei welchem verfassungsmäßig zuständigen obersten Organ oder Ausschuss der bei einer Kreisverwaltung gebildete Personalrat eine Entscheidung gemäß § 69 Abs. 6 Satz 1 LPVG NRW beantragen kann, ist keine organisationsrechtliche Streitfrage und deshalb im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren zu treffen.

Entspricht der Dienststellenleiter den gegen eine Stellenausschreibung erhobenen Einwendungen des Personalrats nicht, ist als zuständiges oberstes Organ nicht der Kreisausschuss, sondern als Hauptverwaltungsbeamter der Landrat zur Entscheidung berufen (VG Arnsberg, Beschluss v. 11.12.2008 – 20 K 2063/07.PVL, ZfPR *online* 6/2010, S. 13).

#### **48. Verwirkung eines Mitbestimmungsrechts**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Wenn eine Personalvertretung nicht innerhalb der gesetzlich eingeräumten Frist zur Stellungnahme die Zustimmung zu einer mitbestimmungspflichtigen Angelegenheit verweigert, dann gilt ihre Zustimmung als erteilt. Bei der Frist handelt es sich um eine Ausschlussfrist, die auch nicht im Wege einer Vereinbarung zwischen Dienststellenleiter und Personalvertretung verlängert werden kann. Demgegenüber können beide Seiten eine Vereinbarung über den Beginn der Erklärungsfrist treffen.

Wenn eine Personalvertretung über längere Zeit – hier: vier Jahre – nicht mehr an der ursprünglichen Forderungen zum Abschluss einer Dienstvereinbarung erinnert, sondern zur Kenntnis nimmt, dass alle

Beschäftigten einschließlich der Personalratsmitglieder ein bestimmtes technisches System nutzen, dann hat sie ihren Anspruch verwirkt. Dies gilt auch für die gerichtliche Geltendmachung des von ihr behaupteten Rechts auf Abschluss einer Dienstvereinbarung (Leitsätze der Schriftleitung; VG Ansbach, Beschluss v. 23.3.2010 – AN 8 P 09.01962, ZfPR *online* 8/2010, S. 9).

#### **49. Kein Recht der obersten Dienstbehörde zur Uminterpretation der bindenden Entscheidung der Einigungsstelle in personellen Angelegenheiten der Arbeitnehmer in Empfehlung**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Der Vollzug der Einstellung eines Arbeitnehmers i. S. v. § 80 Abs. 1 b) Nr. 1 SPersVG im Widerspruch zum Spruch der Einigungsstelle, mit dem nach § 75 Abs. 3 Satz 7 SPersVG die erforderliche Zustimmung mit bindender Wirkung für die Beteiligten des Mitbestimmungsverfahrens endgültig verweigert worden ist, ist als Belang der Zuständigkeit des Personalrats i.S.v. § 113 Abs. 1 (c) SPersVG auch noch nach Abschluss des Mitbestimmungsverfahrens mit dem Spruch der Einigungsstelle einer gerichtlichen Überprüfung im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren zugänglich und ein hierauf bezogener Feststellungsantrag des Personalrats statthaft, jedenfalls dann, wenn mit einer mehr als nur geringfügigen Wahrscheinlichkeit allgemein die Gefahr der Wiederholung einer Missachtung der Entscheidung der Einigungsstelle besteht.

In diesem Falle ist die Einigungsstelle zu beteiligen, weil die beanstandete Vollzugsentscheidung der Dienststelle die Wirksamkeit des Beschlusses der Einigungsstelle als endgültiger Entscheidung i.S. v. § 75 SPersVG betrifft.

Auch wenn die in den Fällen des § 80 Abs. 1 b) Nr. 1 SPersVG abschließende, die Beteiligten des Mitbestimmungsverfahrens bindende Entscheidung i.S.v. § 75 Abs. 3 Satz 7 SPersVG als verfassungswidrig im Hinblick auf die Letztentscheidungsbefugnis der Dienststelle im Sinne des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 24.5.1995, 2 BvF 1/92, BVerfGE, 93, 37 ff., angesehen wird, ist die oberste Dienstbehörde nicht berechtigt, sich hierüber hinwegzusetzen und den die Zustimmung zur Einstellung verweigernden Beschluss der Einigungsstelle in eine Empfehlung an die oberste Dienstbehörde „umzuinterpretieren“. Mangels Verwerfungskompetenz der vollziehenden Gewalt im Hinblick auf den Vorrang des Gesetzes nach Artikel 20 Abs. 3 GG ist die Dienststelle vielmehr darauf verwiesen, im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren gegen die Entscheidung der Einigungsstelle vorzugehen (VG Saarland, Beschluss v. 25.9.2009 – 9 K 432/09, ZfPR *online* 8/2010, S. 15).

#### **50. Kein vorzeitiger Eintritt der Zustimmungsfiktion trotz abschließender Verweigerung einer Stellungnahme seitens des Personalrats**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Die Erklärung des Personalrats, er werde zum Antrag auf Zustimmung zur Kündigung des Arbeitnehmers keine Stellung nehmen, bewirkt nicht den vorzeitigen Eintritt der Zustimmungsfiktion nach § 68 Abs. 2 NPersVG.

Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu § 102 Abs. 2 BetrVG, nach der der Arbeitgeber bereits vor Ablauf der gesetzlichen Wochenfrist kündigen kann, wenn sich der Betriebsrat abschließend zur Kündigungsabsicht erklärt hat, kann wegen der Unterschiedlichkeit der Beteiligungsrechte auf das Mitbestimmungsverfahren bei einer ordentlichen Kündigung nach § 68 Abs. 2 NPersVG nicht übertragen werden (Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG; BAG, Urteil v. 28.1.2010 – 2 AZR 50/09, ZfPR *online* 9/2010, S. 13).



## **51. Ausschluss des Evokationsrechts des Senats von Berlin bei außerordentlicher Kündigung eines Arbeitnehmers ohne überwiegend hoheitliche Befugnisse**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Seit Inkrafttreten des Siebten Gesetzes zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes vom 17. Juli 2008, GVBl S. 206, ist in den Fällen einer außerordentlichen Kündigung von Arbeitnehmern ohne überwiegend hoheitsrechtliche Befugnisse ein Letztentscheidungsrecht des Senats von Berlin in entsprechender Anwendung von § 81 Abs. 2 Satz 1 BlnPersVG ausgeschlossen.

Die Einigungsstelle hat im Falle einer außerordentlichen verhaltensbedingten Kündigung eines Arbeitnehmers keinen gerichtlich nicht überprüfbaren Beurteilungs- und Bewertungsspielraum (BVerwG, Beschluss v. 4.6.2010 – 6 PB 4.10, ZfPR *online* 10/2010, S. 2).

## **52. Überwachung von Beschäftigten durch einen Dritten/Kein Beteiligungsrecht bei der Vermietung von Diensträumen**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Die Überwachung von Beschäftigten durch einen Dritten ohne Wissen oder Zustimmung des Dienststellenleiters ist keine diesem zuzurechnende Maßnahme im Sinne des Personalvertretungsrechts.

Die Vermietung von Diensträumen ist nicht anhörungspflichtig nach § 75 Abs. 1 Nr. 3 Alt. 2 NWPersVG (BVerwG, Beschluss v. 9.9.2010 – 6 PB 12.10, ZfPR *online* 11/2010, S. 11).

## **53. Verteilung der Zuständigkeiten der am Einigungsverfahren beteiligten Personalvertretungen**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Der örtlichen Personalvertretung fehlt die Antragsbefugnis für einen Antrag auf Feststellung, dass ihr Mitbestimmungsrecht durch eine (erneute) Beteiligung der Stufenvertretung durch den Leiter der übergeordneten Dienststelle verletzt worden sei.

Der örtlichen Personalvertretung ist es nach Treu und Glauben verwehrt, die Durchführung einer Maßnahme als Verletzung ihres Mitbestimmungsrechts geltend zu machen, wenn sie der Stufenvertretung die Zustimmung zu eben dieser Maßnahme selbst empfohlen hat.

Die Beteiligten des Stufenverfahrens haben es als „Herren des Verfahrens“ in der Hand, das Stufenverfahren auch dann fortzusetzen, wenn sie sich zuvor darauf geeinigt haben, das Stufenverfahren ruhen zu lassen und erst dann wieder aufzunehmen, wenn die Beteiligten des Ausgangsverfahrens sich nicht einigen, und sich die Beteiligten des Ausgangsverfahrens geeinigt haben (OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 29.10.2009 – 62 PV 14.07).

## **54. Hinzuziehung von Mitarbeitern durch den Dienststellenleiter zur Erörterung im Rahmen eines Mitbestimmungsverfahrens**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Kommt es für die Beurteilung einer Besetzungsrüge auf gerichtsinterne Vorgänge an, so muss der Rechtsbeschwerdeführer darlegen, dass er zweckentsprechende Aufklärung gesucht hat; die Rüge darf nicht auf bloßen Verdacht erhoben werden.

Der Dienststellenleiter ist berechtigt, zur Erörterung nach § 66 Abs. 2 Satz 5 Halbs. 2 und Satz 6 NWPersVG Beschäftigte hinzuzuziehen, die für Personal- und Organisationsangelegenheiten zuständig sind (BVerwG, Beschluss v. 23.11.2010 – 6 P 2.10, ZfPR *online* 1/2011, S. 7).

### **55. Vorläufige Regelung einer Abordnung**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Gegen die Unaufschiebbarkeit einer Maßnahme i. S. v. § 97 Abs. 3 PersVG LSA spricht nicht allein der Umstand, dass die Dienststelle eine entstehende Notsituation frühzeitig hätte erkennen müssen und dennoch untätig geblieben ist.

Eine vorläufige Regelung i. S. v. § 97 Abs. 3 PersVG LSA darf nur in besonderen Ausnahmefällen mit der endgültigen Regelung identisch sein (OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 13.8.2009 – 5 L 17/06).

### **56. Keine wirksame Einleitung des Mitbestimmungsverfahrens betreffend Eingruppierung bei fehlender Unterrichtung über Stufenzuordnung**

(§ 69 BPersVG; § 69 LPersVG BW; Art. 70 LPersVG Bay; §§ 79, 80, 81 LPersVG Bln; § 61 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; §§ 79, 81 LPersVG Hbg; §§ 69, 70, 73 LPersVG Hess; § 62 LPersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b LPersVG Nds; §§ 66, 68 LPersVG NW; §§ 73, 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 79 LPersVG Sachs; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Sind zwei Mitbestimmungstatbestände gegeben und informiert der Leiter der Dienststelle den Personalrat nur über einen der beiden ausreichend, ist das Mitbestimmungsverfahren insgesamt nicht wirksam eingeleitet.

Das Mitbestimmungsverfahren ist nicht wirksam eingeleitet worden, wenn dem Personalrat keine Stufenzuordnung mitgeteilt worden ist. Die Mitbestimmung bei der Eingruppierung nach § 72 Abs. 1 Ziff. 4 PersVG NW erstreckt sich auch auf die Stufenzuordnung (Orientierungssätze; VG Köln, Beschluss v. 10.2.2010 – 34 K 4350/09.PVL).

### **57. Initiativrecht des Personalrats bei Höhergruppierungen**

(§ 70 BPersVG; § 70 LPersVG BW; Art. 70a LPersVG Bay; § 79 LPersVG Bln; § 69 LPersVG Brand; § 58 LPersVG Bre; § 79 LPersVG Hbg; § 69 LPersVG Hess; § 65 LPersVG MV; § 69 LPersVG Nds; § 66 LPersVG NW; § 74 LPersVG RhP; § 73 LPersVG Saar; § 83 LPersVG Sachs; § 62, 69 PersVG LSA; § 56 MBG SH; § 70 ThürPersVG)

Nach dem BremPersVG hat der Personalrat ein Initiativrecht auch bei korrigierenden Höhergruppierungen (OVG Bremen, Beschluss v. 13.10.2009 – P A 63/07, ZfPR *online* 2/2010, S. 15).

### **58. Entscheidung der Dienststelle über die Einwendungen des Personalrat**

(§ 72 BPersVG; § 72 LPersVG BW; Art. 72 LPersVG Bay; § 84 LPersVG Bln; § 67 LPersVG Brand; - LPersVG Bre; - LPersVG Hbg; § 72 LPersVG Hess; § 62 Abs. 10 LPersVG MV; §§ 70, 71 LPersVG Nds; § 69 LPersVG NW; - LPersVG RhP; § 74 LPersVG Saar; § 76 LPersVG Sachs; - PersVG LSA; § 67 MBG SH; - ThürPersVG)

Die Entscheidung der Dienststelle über die Einwendungen des Personalrats im Mitwirkungsverfahren nach § 72 Abs. 3 HePersVG leidet nur dann unter einem Begründungsmangel, wenn die Gründe fehlen oder wenn der Personalrat anhand der angegebenen Gründe nicht sachgerecht beurteilen kann, ob er von seinem Recht zur Anrufung der übergeordneten Dienststelle bzw. der obersten Dienstbehörde Gebrauch machen soll (BVerwG, Beschluss v. 10.11.2010 – 6 PB 13.10, ZfPR *online* 2/2011, S. 10).

## 59. Dienstvereinbarung als datenschutzrechtliche Rechtsgrundlage

(§ 73 BPersVG; §§ 71, 73 LPersVG BW; Art. 73 LPersVG Bay; § 74 LPersVG Bln; §§ 60, 62, 70 LPersVG Brand; § 62 LPersVG Bre; § 83 LPersVG Hbg; § 113 LPersVG Hess; §§ 60, 66 LPersVG MV; § 78 LPersVG Nds; § 70 LPersVG NW; § 76 LPersVG RhP; § 76 LPersVG Saar; § 84 LPersVG Sachs; § 70 PersVG LSA; §§ 51, 57 MBG SH; § 72 ThürPersVG)

Der Anspruch des Personalrats gegen den Dienststellenleiter auf Vorlage von Unterlagen wird durch den Grundsatz der Erforderlichkeit begrenzt. Die Dienststellenleitung muss daher in jedem Einzelfall über Art und Umfang der Unterrichtung entscheiden. Ein globaler, ein elektronischer Zugriff auf die in einem Dienstplanprogramm gespeicherten Personaldaten ist damit unvereinbar.

Dienststellenleiter und Personalrat können den Vorlageanspruch nicht in einer Dienstvereinbarung über die vom Gesetzgeber vorgesehenen Beteiligungstatbestände hinaus erweitern (Leitsätze der Schriftleitung, VG Frankfurt am Main v. 31.5.2010 – 23 K 500/10.F.PV(V), ZfPR *online* 7/2010, S. 9).

## 60. Zulässige Ungleichbehandlungen wegen des Alters in Betriebs- und Dienstvereinbarungen zu Umsetzungen

(§ 73 BPersVG; §§ 71, 73 LPersVG BW; Art. 73 LPersVG Bay; § 74 LPersVG Bln; §§ 60, 62, 70 LPersVG Brand; § 62 LPersVG Bre; § 83 LPersVG Hbg; § 113 LPersVG Hess; §§ 60, 66 LPersVG MV; § 78 LPersVG Nds; § 70 LPersVG NW; § 76 LPersVG RhP; § 76 LPersVG Saar; § 84 LPersVG Sachs; § 70 PersVG LSA; §§ 51, 57 MBG SH; § 72 ThürPersVG)

Die Ungleichbehandlung wegen des Alters ist nach § 10 Satz 1 AGG nur zulässig, wenn sie objektiv gerechtfertigt und angemessen ist. Objektiv gerechtfertigt ist sie dann, wenn Arbeitnehmer mit zunehmenden Alter hinsichtlich Umsetzungen schutzbedürftiger sind als jüngere Arbeitnehmer

Der Begriff „objektiv“ in § 10 Satz 1 AGG verlangt die Prüfung, ob das verfolgte Interesse auf tatsächlichen und nachvollziehbaren Erwägungen beruht oder ob die Ungleichbehandlung nur aufgrund von bloßen Vermutungen oder subjektiven Einschätzungen vorgenommen wird (Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG, BAG, Urteil v. 13.10.2009 – 9 AZR 722/08, ZfPR *online* 7/2010, S. 15).

## 61. Zulässigkeit von freiwilligen Dienstvereinbarungen nach BlnPersVG

(§ 73 BPersVG; §§ 71, 73 LPersVG BW; Art. 73 LPersVG Bay; § 74 LPersVG Bln; §§ 60, 62, 70 LPersVG Brand; § 62 LPersVG Bre; § 83 LPersVG Hbg; § 113 LPersVG Hess; §§ 60, 66 LPersVG MV; § 78 LPersVG Nds; § 70 LPersVG NW; § 76 LPersVG RhP; § 76 LPersVG Saar; § 84 LPersVG Sachs; § 70 PersVG LSA; §§ 51, 57 MBG SH; § 72 ThürPersVG)

§ 74 Abs. 1 Satz 1 BlnPersVG lässt Dienstvereinbarungen auch in innerdienstlichen Angelegenheiten zu, die nicht durch Mitbestimmungsrechte erfasst sind (BVerwG, Beschluss v. 6.10.2010 – 6 PB 11.10, ZfPR *online* 1/2011, S. 6).

## 62. Mitbestimmung bei Ein-, Höher- und Rückgruppierung/Stufenzuordnung nach §§ 16, 17 TV-L

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Mitbestimmung bei Eingruppierung nach § 76 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2 BaWüPersVG ist in den Fällen der Tarifautomatik nicht ausgeschlossen.

Der Tarifvorrang gilt für die Mitbestimmung bei Höher- und Rückgruppierung nach § 79 Abs. 3 Nr. 15 Buchst. c BaWüPersVG nicht.

Die Mitbestimmung bei Eingruppierung erstreckt sich auf die Stufenzuordnung nach § 16 Abs. 2 Satz 1 bis 3 TV-L.

Die Mitbestimmung bei Höher- und Rückgruppierung erstreckt sich auf die Fälle der Stufenzuordnung nach § 17 Abs. 4 Satz 1 und 4 TV-L.

Die Mitbestimmung bei Eingruppierung kommt in den Fällen des § 16 Abs. 2 Satz 4 TV-L erst zum Zuge, wenn die Dienststelle - unter Beachtung der Mitbestimmung bei der Lohngestaltung gemäß § 79 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BaWüPersVG - Grundsätze zur Anrechnung förderlicher Berufstätigkeit beschlossen hat.

Das Erreichen der nächsten Stufe nach Ende der regulären Stufenlaufzeit gemäß § 16 Abs. 3 Satz 1, Abs. 4 Satz 3 Halbs. 1 TV-L unterliegt nicht der Mitbestimmung bei Ein- oder Höhergruppierung (BVerwG, Beschluss v. 13.10.2009 – 6 P 15.08, ZfPR *online* 2/2010, S. 2).

### **63. Mitbestimmung bei Übertragung eines unterwertigen Dienstpostens an einen Beamten**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Enthält der Beschluss des Oberverwaltungsgerichts im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren Entscheidungsgründe, die Mängel aufweisen, so ist dies im Rahmen der Nichtzulassungsbeschwerde der Gehörsrüge zugänglich.

Die Übertragung eines Dienstpostens, der im Vergleich zum statusrechtlichen Amt des Beamten unterwertig ist, löst die Mitbestimmung bei der Übertragung einer niedriger zu bewertenden Tätigkeit aus (BVerwG, Beschluss v. 2.12.2009 – 6 PB 33.09, ZfPR *online* 2/2010, S. 14).

### **64. Mitbestimmung beim Absehen von der Ausschreibung**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Eine grundsätzliche Verpflichtung zur Ausschreibung von Dienstposten folgt nicht bereits aus § 75 Abs. 3 Nr. 14 BPersVG.

Eine - stillschweigende - positive Entscheidung, von der Ausschreibung abzusehen, ist auch dann gegeben, wenn der Dienststellenleiter von einer sonst befolgten Praxis der Ausschreibung abweicht (BVerwG, Beschluss v. 14.1.2010 – 6 P 10.09, ZfPR *online* 4/2010, S. 6).

### **65. Keine Maßnahme zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen bei Regelung über gleitende Arbeitszeit und automatisierte Zeiterfassung**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Der Personalrat, vertreten durch seinen Vorsitzenden (ggf. gemeinsam mit dem Sprecher der Gruppe der Soldaten) kann auch in Angelegenheiten, die ausschließlich Soldaten betreffen, deren Rechte im Beschwerdeverfahren nach § 16 SBG und im anschließenden gerichtlichen Antragsverfahren geltend machen, weil die Gruppe der Soldaten kein eigenständiges Vertretungsorgan im Sinne des § 1 Abs. 2 SBG ist.

In einem gerichtlichen Antragsverfahren über Soldatenbeteiligungsrechte, bei denen nicht die Beteiligung als solche, sondern die konkreten Beteiligungstatbestände streitig sind, ist ein Feststellungsantrag regelmäßig die vorrangig gegebene Antragsart.

Eine Regelung über die gleitende Arbeitszeit und die automatisierte Zeiterfassung unterliegt nicht der Mitbestimmung nach § 24 Abs. 6 Nr. 3 SBG (BVerwG, Beschluss v. 28.10.2009 – 1 WB 11.09, ZfPR *online* 5/2010, S. 2).

## 66. Mitbestimmung bei der Einrichtung von Arbeitszeitkonten

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Entscheidungen über Einführung und Ausgestaltung von Arbeitszeitkonten, Arbeitszeitkorridoren und Rahmenzeiten nach § 6 Abs. 6 und 7, § 10 Abs. 1 TVöD betreffen Systeme zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und damit mitbestimmungspflichtige Gegenstände des § 75 Abs. 3 Nr. 1 BPersVG

Ein ministerieller Erlass mit Vorgaben für den Abschluss von Dienstvereinbarungen nachgeordneten Dienststellen mit den Personalräten nach § 6 Abs. 6 und 7, § 10 Abs. 1 TVöD löst keine Mitbestimmungsbefugnis des beim Ministerium bestehenden Hauptpersonalrats aus, soweit darin den nachgeordneten Dienststellen Entscheidungsfreiheit über das „ob“ und auch weitgehend das „wie“ etwaiger Dienstvereinbarungen belassen wird (OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 23.4.2009 – 62 PV 4.07, ZfPR *online* 5/2010, S. 8).

## 67. Mitbestimmung des Personalrats bei der Übernahme von Leiharbeitnehmern zur Arbeitsleistung in der Dienststelle

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Unter der nach § 14 Abs. 3 Satz 1, Abs. 4 AÜG der Mitbestimmung des Personalrats unterliegenden Übernahme eines Leiharbeitnehmers zur Arbeitsleistung ist die Eingliederung des Leiharbeitnehmers in die Dienststelle zu verstehen, die durch Arbeitsaufnahme nach Weisung des Dienststellenleiters geschieht.

Einsätze des Leiharbeitnehmers in der Dienststelle von kurzer Dauer sind von der Mitbestimmung des Personalrats nicht ausgenommen.

Der zwischen dem Verleiher und dem Bund als Entleiher abgeschlossene Überlassungsvertrag löst auch dann kein Beteiligungsrecht des Personalrats aus, wenn er eine Liste der zur Arbeitsleistung überlassenen Arbeitnehmer enthält (BVerwG, Beschluss v. 7.4.2010 – 6 P 6.09, ZfPR *online* 6/2010, S. 2).

## 68. Mitbestimmung bei Zielvereinbarungen

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Einführung neuer Dienstpflichten von Lehrkräften durch die Schulverwaltung im Rahmen der Weiterbildung des Schulwesens über die in § 99 Satz 3 HSchG genannten Bereiche hinaus ist jedenfalls dann, wenn sie mit erheblicher, nicht kompensierter zeitlicher Mehrbelastung der betroffenen Lehrkräfte verbunden ist, keine personalvertretungsrechtlich irrelevante Konkretisierung bestehender Dienstpflichten, sondern bedarf der Mitwirkung der zuständigen Personalvertretung in den durch das Personalvertretungsrecht vorgesehenen Formen durch die zuständige Personalvertretung. Dies gilt auch für den Abschluss von Zielvereinbarungen, die sonst erforderliche, mitwirkungsbedürftige Verwaltungsvorschriften gleichen Inhalts ersetzen sollen (VGH Hessen, Beschluss v. 18.2.2010 – 22 A 2457/08.PV, ZfPR *online* 6/2010, S. 7).

## **69. Grundrecht auf Mitbestimmung in Brandenburg/Mitbestimmung an Schulen in öffentlicher Trägerschaft**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Art. 50 der Verfassung des Landes räumt den Beschäftigten ein Grundrecht auf Mitbestimmung ein.

Die Aufteilung der Personalvertretung in mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten der Schulen auf Personalräte bei den Staatlichen Schulämtern einerseits und Lehrerräte in den Schulen andererseits ist verfassungsrechtlich unbedenklich.

Mit der Landesverfassung unvereinbar ist, dass das Anhörungsrecht der Lehrerräte nicht in Angelegenheiten des sonstigen pädagogischen Personals gilt.

Ebenfalls verfassungswidrig ist, dass Lehrerräte nicht auch an den Schulen Personalräten gleichgestellt sind, in denen der Schulleiter nur in anderen als in personellen Angelegenheiten entscheidungsbefugt ist (VerfGH Brandenburg, Urteil v. 15.10.2009 – 9/08, ZfPR *online* 7/2010, S. 2)

## **70. Kein Mitbestimmungsrecht des Personalrats bei Auflösung eines Geschäftsbereichs eines Universitätsklinikums**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die bloße Auflösung des Geschäftsbereichs Patientenmanagement (Patientenaufnahme, Abrechnung, Forderungsmanagement, Prozessführung, Krankenhausplanung) eines Universitätsklinikums durch organisatorische Eingliederung der Aufgaben und des Personals in andere Geschäftsbereiche ist nicht beteiligungspflichtig (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 23.3.2010 – 16 A 2209/08.PVL, ZfPR *online* 8/2010, S. 6).

## **71. Mitbestimmung bei Höhergruppierungen von Tarifbeschäftigten bei Personalgestellung**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Beteiligung des Personalrats bezieht sich auf Maßnahmen, die der Leiter der Dienststelle, der der Personalrat zugeordnet ist, treffen will.

Eine Maßnahme im Sinn des § 66 Abs. 1 LPVG NRW erfordert eine Handlung oder Entscheidung des Dienststellenleiters in eigener Zuständigkeit.

Bei einer Personalgestellung ist im Hinblick auf die personalvertretungsrechtliche Mitbestimmung zu unterscheiden, welche Entscheidung im Hinblick auf die geteilten Arbeitgeberbefugnisse in Frage steht (Orientierungssätze; VG Münster, Beschluss v. 3.3.2010 – 22 K 531/09.PVL, ZfPR *online* 10/2010, S. 16).

## **72. Mitbestimmung bei Einstellung eines Leiharbeitnehmers/Prüfpflicht des Arbeitgebers zur Besetzbarkeit eines Arbeitsplatzes mit einem schwerbehinderten Menschen**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)



Findet im Laufe eines arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahrens ein Betriebs- (teil-)übergang iSv. § 613 a Abs. 1 Satz 1 BGB statt, nimmt der Erwerber als neuer Inhaber des Betriebs oder des von dem Beschlussverfahren betroffenen Betriebsteils auch ohne Prozessklärungen der Verfahrensbeteiligten oder Handlungen des Gerichts automatisch die verfahrensrechtliche Stellung des bisherigen Betriebsinhabers als Arbeitgeber ein.

Geht während eines Beschlussverfahrens die Zuständigkeit zur Wahrnehmung eines im Verfahren umstrittenen Mitbestimmungsrechts auf ein anderes betriebsverfassungsrechtliches Gremium über, wird dieses Beteiligter des anhängigen Beschlussverfahrens und tritt als Funktionsnachfolger des bisherigen Gremiums in dessen verfahrensrechtliche Position ein.

Nach § 81 Abs. 1 Satz 1 SGB IX ist der Arbeitgeber verpflichtet zu prüfen, ob ein frei werdender oder neu geschaffener Arbeitsplatz mit einem schwerbehinderten Menschen besetzt werden kann. Dazu hat der Arbeitgeber nach § 81 Abs. 1 Satz 2 SGB IX frühzeitig Verbindung mit der Agentur für Arbeit aufzunehmen. Verletzt der Arbeitgeber diese Pflichten und stellt er auf einen freien Arbeitsplatz einen nicht schwerbehinderten Menschen ein, kann der Betriebsrat die Zustimmung zur Einstellung nach § 99 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG verweigern.

Dies gilt auch dann, wenn der Arbeitgeber beabsichtigt, einen frei werdenden Arbeitsplatz mit einem Leiharbeiter zu besetzen (Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG; BAG, Beschluss v. 23.6.2010 – 7 ABR 3/09, ZfPR *online* 12/2010, S. 16).

### **73. Mitbestimmung bei Versetzungen auf Grund Handlungsanweisung der Zentrale bei BA**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Versetzungen auf der Grundlage der Handlungsempfehlung/Geschäftsanweisung "Optimierung der Inneren Verwaltung" unterliegen der Mitbestimmung der örtlichen Personalräte, wenn die Zentrale der Bundesagentur für Arbeit nicht im Wege des Selbsteintritts den nachgeordneten Agenturen für Arbeit die Zuständigkeit für die Versetzungen entzogen hat. Hierzu muss sie die Entscheidung im Einzelfall an sich gezogen haben und darf die nachgeordnete Dienststelle nur als Boten zu deren Übermittlung eingesetzt haben. An einer unmittelbar gestaltenden Anordnung der übergeordneten Dienststelle fehlt es indessen, wenn diese generelle Weisungen für Personalangelegenheiten erlässt, die von den nachgeordneten Dienststellen im Wege personeller Einzelmaßnahmen - mit oder ohne Entscheidungsspielraum - umzusetzen sind.

Zur Verpflichtung, das Mitbestimmungsverfahren in den betroffenen Versetzungsverfahren nachzuholen, wenn deren Mitbestimmungspflichtigkeit rechtskräftig festgestellt worden ist (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 17.11.2009 – 16 A 3277/07.PVB).

### **74. Umsetzung von Umstrukturierungsmaßnahmen des Landesgesetzgebers/ Rationalisierungsmaßnahme**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Anpassungsmaßnahmen im Behördenaufbau, die die Entscheidung des (Landes-) Gesetzgebers umsetzen, im Wege einer Kommunal- und Verwaltungsreform neue Körperschaften zu bilden, obliegen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung allein der kommunalen Verwaltungsleitung und stellen keine mitbestimmungspflichtigen Rationalisierungsmaßnahmen i.S.d. § 80 Abs. 3 Nr. 13 SächsPersVG a.F. dar (Leitsatz der Schriftleitung; VG Dresden, Beschluss v. 28.1.2011 – 9 K 573/10, ZfPR *online* 3/2011, S. 13).

## 75. Mitbestimmung bei Beurteilungsrichtlinien

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Anordnung von Zwischen- und Abschlussberichten während der Probezeit hessischer Lehrkräfte stellt eine mitbestimmungspflichtige Beurteilungsrichtlinie dar.

Die Nichtbeachtung dieses Mitbestimmungsrechtes stellt einen groben Verstoß der Dienststellenleitung gegen ihre personalvertretungsrechtlichen Pflichten dar (VG Frankfurt, Beschluss v. 5.10.2009 – 23 L 2432/09.F.PV).

## 76. Mitbestimmung bei Befristung des Arbeitsverhältnisses

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

§ 51 MBG Schleswig-Holstein begründet kein Mitbestimmungsrecht des Personalrats bei der Befristungsabrede eines Arbeitsverhältnisses (LAG Schleswig-Holstein, Urteil v. 26.3.2009 – 4 Sa 1/09).

## 77. Mitbestimmung bei Richtlinie über die personelle Auswahl

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Bei einer Festlegung, nach der für eine Übernahme in das Beamtenverhältnis nur solche Tarifbeschäftigten berücksichtigt werden sollen, die eine mehrjährige erfolgreiche Verwendung auf grundsätzlich mindestens zwei verschiedenen Dienstposten im öffentlichen Dienst sowie überdurchschnittliche Beurteilungen aufweisen können, handelt es sich um eine Richtlinie über die „personelle Auswahl bei Einstellungen“ im Sinne von § 76 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8 BPersVG, bei der der Personalrat mitzubestimmen hat (VG Braunschweig, Beschluss v. 28.9.2009 – 9 A 2/09).

## 78. Mitbestimmung bei Fragebögen zu betriebsbedingten Erkrankungen/ Unterlassung mitbestimmungspflichtiger Handlungen

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Das in § 80 Abs. 3 Nr. 11 SächsPersVG normierte Mitbestimmungsrecht umfasst sowohl allgemeine Regelungen und Anweisungen, aber auch Einzelregelungen, die der Verhütung u.a. von sonstigen Gesundheitsschädigungen dienen (in Anlehnung an BVerwG v. 25.6.1986 - 6 P 18.84).

Hierzu gehören auch bereits Befragungen von Mitarbeitern mittels Fragebögen oder in persönlichen Gesprächen zu den möglicherweise betriebsbedingten Ursachen ihrer Erkrankung, die zu Ausfallzeiten geführt haben.

Das Erkennen und Aufspüren von Gefährdungsquellen für die Gesundheit von Mitarbeitern dient dem Arbeitsschutz und stellt selbst bereits eine Verhütungsmaßnahme dar.

Die systematische Befragung von Arbeitnehmern zur Ermittlung typischer Ursachen krankheitsbedingter Fehlzeiten im Betrieb unterliegt der Mitbestimmung (VG Dresden, Beschluss v. 31.3.2010 – 9 L 118/10).



## **79. Mitbestimmung bei Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Der Personalrat hat aufgrund seiner Allzuständigkeit nach § 2 Abs. 1, § 51 Abs. 1 MBG SH mitzubestimmen, wenn der Dienststellenleiter gegenüber Beschäftigten eine amtsärztliche Untersuchung anordnet.

Die Mitbestimmung findet nur mit Zustimmung des betroffenen Beschäftigten statt (BVerwG, Beschluss v. 5.11.2010 – 6 P 18.09, ZfPR *online* 2/2011, S. 5).

## **80. Mitbestimmungsrecht des Personalrats bei einer Maßnahme zur Hebung der Arbeitsleistung der Vermittlungsfachkräfte**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Der Personalrat hat, soweit eine gesetzliche oder tarifliche Regelung nicht besteht, über Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und Erleichterung des Arbeitsablaufs mitzubestimmen.

Die Verringerung der Dauer der Erstgespräche von 60 auf 45 Minuten ist eine Maßnahme zur Hebung der Arbeitsleistung der Vermittlungsfachkräfte (Orientierungssätze; VG Aachen, Beschluss v. 18.3.2010 – 15 K 2253/09.PVB).

## **81. Mitbestimmung bei der Änderung der Schichtdienstzeiten für in privatrechtlich organisiertem Betrieb gestellte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Der Personalvertretung steht keine Mitbestimmung für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die in einem privatrechtlich organisierten Betrieb tätig sind, zu, wenn nach deren rechtlichen Rahmenbedingungen das Weisungs- und Organisationsrecht hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Tätigkeit dem Privatunternehmen zusteht (VG Münster, Beschluss v. 13.1.2010 – 22 K 352/09.PVL).

## **82. Mitbestimmung bei Übertragung anders zu bewertender Tätigkeit**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Der Mitbestimmungstatbestand der „Übertragung einer höher oder niedriger zu bewertenden Tätigkeit“ (§ 68 Abs. 1 Nr. 6 PersVG MV) ist auch für Beamte anwendbar und erfasst auch die nur vorübergehende Übertragung (OVG Mecklenburg-Vorpommern, Beschluss v. 8.1.2010 – 8 L 124/09).

## **83. Mitbestimmung bei Einstellung von Beschäftigten im Rahmen eines Praktikantenverhältnisses**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Bei der Beschäftigung von Diplompsychologen, die im Rahmen ihrer Ausbildung zu Psychologischen Psychotherapeuten ein Praktikum in einer Klinik absolvieren und dabei selbstständig Patienten betreuen, handelt es sich um eine mitbestimmungspflichtige Einstellung im Sinn von Art. 75 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BayPVG (VGH Bayern, Beschluss v. 23.11.2009 – 17 P 08.1174).

#### **84. Mitbestimmungsrecht bei der Anweisung zur Nutzung einer EDV-gestützten dienststelleninternen Terminabstimmung**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Das unmittelbar anwendbare Mitbestimmungsrecht aus § 75 Abs. 3 Nr. 17 BPersVG ist schon bei technischen Einrichtungen gegeben, die zur Überwachung lediglich objektiv geeignet sind, ohne dass die Dienststellenleitung bei ihrer Einführung und Anwendung subjektiv die Absicht hat, sie zu diesem Zweck einzusetzen.

Der jederzeit mögliche Einblick in die Terminierungspraxis der Dienstkräfte mit Hilfe des Outlook ermöglicht Einschätzungen über deren Verhalten und deren Leistung. Es lässt sich durch die Anzahl, Breite und Platzierung der blauen Balken, auch ohne den konkreten Inhalt der Termine zu kennen, im Verlauf zahlreicher Monate ein Verabredungsprofil erstellen (Orientierungssätze; VG Berlin, Beschluss v. 31.7.2009 – 71 K 1/09 PVG, ZfPR *online* 1/2011, S. 12).

#### **85. Zuständigkeit einer Personalvertretung bei einer Personalgestellung**

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 LPersVG BW; Art. 75, 76 LPersVG Bay; §§ 86, 88 LPersVG Bln; §§ 63, 65, 66 LPersVG Brand; §§ 52, 63, 65, 66 LPersVG Bre; §§ 86, 87 LPersVG Hbg; §§ 74, 75, 77, 78 LPersVG Hess; §§ 68, 69, 70 LPersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 LPersVG Nds; §§ 72 LPersVG NW; §§ 78, 79, 80 LPersVG RhP; §§ 78, 80, 84 LPersVG Saar; §§ 80, 81 LPersVG Sachs; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; § 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Sind Arbeitnehmer einem Privaten nach § 4 Abs. 3 TVöD zur Arbeitsleistung gestellt und ist diesem hierzu das arbeitgeberseitige Weisungsrecht übertragen, ist der Personalrat der abgebenden Dienststelle bei Weisungen des Privaten im Betriebsverhältnis nicht zu beteiligen. Bei Maßnahmen, die das Grundverhältnis betreffen, bleibt der Personalrat zuständig.

Dem Personalrat fehlt nach § 79 Abs. 1 Nr. 5 LPVG NRW die Befugnis, die Anwendbarkeit einer Dienstvereinbarung auf die dem Privaten gestellten Arbeitnehmer feststellen zu lassen, wenn er nicht in seiner eigenen personalvertretungsrechtlichen Rechtsposition betroffen ist (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 23.3.2010 – 16 A 2423/08.PVL, ZfPR *online* 3/2011, S. 4).

#### **86. Zustimmungsverweigerung des Personalrats zur Neueinstellung wegen Fehler im Auswahlverfahren**

(§ 77 BPersVG; §§ 81, 82 LPersVG BW; Art. 75, 78 Bay; § 89 LPersVG Bln; §§ 62, 63 LPersVG Brand; § 65 LPersVG Bre; §§ 87, 88, 89 LPersVG Hbg; §§ 77, 79 LPersVG Hess; § 68 LPersVG MV; § 65 LPersVG Nds; §§ 66, 72 LPersVG NW; § 81 LPersVG RhP; §§ 80, 81 LPersVG Saar; § 82 LPersVG Sachs; § 68 PersVG LSA; §§ 51, 56 MBG SH; § 76 ThürPersVG)

Es gibt keinen Rechtsgrundsatz des Inhalts, dass die bei einer förmlichen Ausschreibung gesetzte Bewerbungsfrist eine Ausschlussfrist sei. Sie ist vielmehr nach verwaltungs- und arbeitsgerichtlicher Rechtsprechung eine reine Ordnungsfrist. Die Berücksichtigung einer nachträglichen Bewerbung im Auswahlverfahren begründet demnach keinen Verstoß gegen § 77 Abs. 2 Nr. 1 BPersVG (VG Köln, Beschluss v. 19.2.2010 – 33 K 141/10.PVB (n.rkr.), ZfPR *online* 10/2010, S. 13).

## **87. Zustimmungsverweigerung wegen fehlender Mitteilung eines Arbeitsplatzes als schwerbehinderteneignet an die Schwerbehindertenvertretung**

(§ 77 BPersVG: §§ 81, 82 LPersVG BW; Art. 75, 78 Bay; § 89 LPersVG Bln; §§ 62, 63 LPersVG Brand; § 65 LPersVG Bre; §§ 87, 88, 89 LPersVG Hbg; §§ 77, 79 LPersVG Hess; § 68 LPersVG MV; § 65 LPersVG Nds; §§ 66, 72 LPersVG NW; § 81 LPersVG RhP; §§ 80, 81 LPersVG Saar; § 82 LPersVG Sachs; § 68 PersVG LSA; §§ 51, 56 MBG SH; § 76 ThürPersVG)

Die fehlende gesonderte Information der Schwerbehindertenvertretung darüber, dass die innerbetrieblich ausgeschriebene Stelle behinderteneignet ist, berechtigt nicht zur Zustimmungsverweigerung, wenn sich auf die Stelle kein Schwerbehinderter beworben hat (LAG Köln, Beschluss v. 29.9.2008 - 2 TaBV 44/08 (n.rkr.)).

## **88. Hemmung des Ablaufs der Zustimmungsverweigerungsfrist nur bei Fehlen tatsächlich erforderlicher Informationen**

(§ 77 BPersVG: §§ 81, 82 LPersVG BW; Art. 75, 78 Bay; § 89 LPersVG Bln; §§ 62, 63 LPersVG Brand; § 65 LPersVG Bre; §§ 87, 88, 89 LPersVG Hbg; §§ 77, 79 LPersVG Hess; § 68 LPersVG MV; § 65 LPersVG Nds; §§ 66, 72 LPersVG NW; § 81 LPersVG RhP; §§ 80, 81 LPersVG Saar; § 82 LPersVG Sachs; § 68 PersVG LSA; §§ 51, 56 MBG SH; § 76 ThürPersVG)

Das vom Personalrat gerügte Fehlen wichtiger Informationen kann den Beginn des Fristablaufs nicht hemmen, wenn die vermeintlich notwendigen „Informationen“ für die Entscheidung über die beabsichtigte Maßnahme nicht erforderlich waren.

Rügt der Personalrat, dass die aufgrund der beabsichtigten zusätzlichen Aufgabenübertragung erforderliche Eingruppierung tarifwidrig zum Schaden der Tarifbeschäftigten T. vorgenommen werde, macht er nach § 77 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BPersVG zulässige Verweigerungsgründe geltend. Ob sie auch (letztlich) berechtigt sind, ist im Stufenverfahren zu klären, weil die Entscheidungen der Personalvertretung nicht der Rechtskontrolle des Dienststellenleiters unterliegen. Unbeachtlich wäre eine fristgerechte Zustimmungsverweigerung nur dann, wenn sie sich inhaltlich dem Mitbestimmungsstatbestand von vornherein und eindeutig nicht zuordnen lässt oder - anders ausgedrückt - wenn eine solche Zuordnung nicht einmal möglich erscheint (VG Köln, Beschluss v. 19.2.2010 – 33 K 6129/09.PVB).

## **89. Mitwirkungsverfahren bei Wartezeitkündigung/Missbrauchskontrolle**

(§ 77 BPersVG: §§ 81, 82 LPersVG BW; Art. 75, 78 Bay; § 89 LPersVG Bln; §§ 62, 63 LPersVG Brand; § 65 LPersVG Bre; §§ 87, 88, 89 LPersVG Hbg; §§ 77, 79 LPersVG Hess; § 68 LPersVG MV; § 65 LPersVG Nds; §§ 66, 72 LPersVG NW; § 81 LPersVG RhP; §§ 80, 81 LPersVG Saar; § 82 LPersVG Sachs; § 68 PersVG LSA; §§ 51, 56 MBG SH; § 76 ThürPersVG)

Von dem Mitwirkungsverfahren nach Art. 77 Abs. 1, 72 Abs. 1 BayPVG kann nach der Bestimmung in Art. 78 Abs. 1 Buchst. a BayPVG vor Ausspruch einer Wartezeitkündigung nur abgesehen werden, wenn der zu kündigende Arbeitnehmer im Zeitpunkt der Beteiligung der Personalvertretung bereits eine Stellung bekleidet, die der eines Beamten der Besoldungsgruppe A 16 und höher entspricht. Dass er nach Ablauf der Probezeit eine solche Stellung einnehmen sollte, reicht für das Eingreifen der Ausnahmebestimmung des Art. 78 Abs. 1 Buchst. a BayPVG nicht aus.

Nach dem Grundsatz der subjektiven Determination reicht es zur ordnungsgemäßen Information der Personalvertretung über die vom Arbeitgeber beabsichtigte Wartezeitkündigung aus, dass der Arbeitgeber ihr nur seine subjektiven Wertungen, die ihn zur Kündigung des Arbeitnehmers veranlassen, mitteilt, wenn er keine auf Tatsachen gestützten und durch Tatsachen konkretisierbaren Kündigungsgründe benennen kann. Dafür reichen pauschale, schlagwortartige Begründungen. Der Arbeitgeber ist in diesen Fällen nicht verpflichtet, sein Werturteil gegenüber der Arbeitnehmervertretung zu substantiieren oder zu begründen.

Das Berufen auf die Nichtbeachtung der gesetzlichen Schriftform ist nicht allein deswegen treuwidrig, weil die Vertragsparteien das mündlich Vereinbarte bei Abgabe der mündlichen Erklärungen ernst meinten und tatsächlich wollten.

Während der gesetzlichen Wartezeit des § 1 KSchG erfolgt grundsätzlich nur eine Kontrolle darauf, ob die Kündigung missbräuchlich ist. Für die Wirksamkeit einer Wartezeitkündigung reicht es aus, wenn für sie ein irgendwie einleuchtender Grund besteht. Konnte das für eine dauerhafte Zusammenarbeit erforderliche Vertrauensverhältnis nicht aufgebaut werden, kann darauf eine Wartezeitkündigung gestützt werden. Den Nachweis, worauf der als Kündigungsgrund herangezogene Vertrauensverlust basiert, muss der Arbeitgeber nicht führen (BAG, Urteil v. 22.4.2010 – 6 AZR 828/08).

### **90. Hinweispflicht des öffentlichen Arbeitgebers im Disziplinarverfahren auf Antragsrecht zur Mitwirkung des Personalrats**

(§ 78 BPersVG; § 80 LPersVG BW; Art. 76 LPersVG Bay; § 90 LPersVG Bln; § 68 LPersVG Brand; §§ 54, 55, 67 LPersVG Bre; §§ 84, 87 LPersVG Hbg; §§ 63, 81 LPersVG Hess; § 68 LPersVG MV; § 75 LPersVG Nds; §§ 73, 75 LPersVG NW; §§ 80, 84 LPersVG RhP; §§ 83, 84 LPersVG Saar; §§ 73, 77, 81 LPersVG Sachs; §§ 60, 69 LPersVG LSA; - MBG SH; §§ 75a, 77 ThürPersVG)

Der fehlende Hinweis im Disziplinarverfahren auf das Antragsrecht zur Mitwirkung des Personalrats führt zur unheilbaren Rechtswidrigkeit der Disziplinarverfügung (VG Stuttgart, Urteil v. 21.4.2010 – DL 20 K 2137/09, ZfPR *online* 7/2010, S. 14).

### **91. Mitbestimmung des Personalrats bei Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen eine Dienstkraft**

(§ 78 BPersVG; § 80 LPersVG BW; Art. 76 LPersVG Bay; § 90 LPersVG Bln; § 68 LPersVG Brand; §§ 54, 55, 67 LPersVG Bre; §§ 84, 87 LPersVG Hbg; §§ 63, 81 LPersVG Hess; § 68 LPersVG MV; § 75 LPersVG Nds; §§ 73, 75 LPersVG NW; §§ 80, 84 LPersVG RhP; §§ 83, 84 LPersVG Saar; §§ 73, 77, 81 LPersVG Sachs; §§ 60, 69 LPersVG LSA; - MBG SH; §§ 75a, 77 ThürPersVG)

Die Dienststelle macht im Sinne von § 86 Abs. 1 Nr. 4 BlnPersVG einen Ersatzanspruch gegen die Dienstkraft geltend, wenn sie ihr mitteilt, dass sie einen bestimmten Ersatzanspruch gegen sie für gegeben hält.

Die Dienstkraft muss Gelegenheit erhalten, der Mitbestimmung gemäß § 86 Abs. 1 Nr. 4 BlnPersVG zu widersprechen, bevor der Personalrat mit der Angelegenheit befasst wird.

Das Schreiben der Dienststelle, mit welchem die Dienstkraft über die beabsichtigte Geltendmachung des Ersatzanspruchs informiert wird, muss zugleich den Hinweis erhalten, dass der Personalrat eingeschaltet wird, sofern die Dienstkraft dem nicht innerhalb einer kurz bemessenen Frist widerspricht (BVerwG, Beschluss v. 2.6.2010 – 6 P 9.09, ZfPR *online* 9/2010, S. 3).

### **92. Keine Beteiligungspflicht bei Aufgabenzuwachs einer Dienststelle**

(§ 78 BPersVG; § 80 LPersVG BW; Art. 76 LPersVG Bay; § 90 LPersVG Bln; § 68 LPersVG Brand; §§ 54, 55, 67 LPersVG Bre; §§ 84, 87 LPersVG Hbg; §§ 63, 81 LPersVG Hess; § 68 LPersVG MV; § 75 LPersVG Nds; §§ 73, 75 LPersVG NW; §§ 80, 84 LPersVG RhP; §§ 83, 84 LPersVG Saar; §§ 73, 77, 81 LPersVG Sachs; §§ 60, 69 LPersVG LSA; - MBG SH; §§ 75a, 77 ThürPersVG)

Ein Aufgabenzuwachs einer Dienststelle als sachliche Zuständigkeitsregelung mit lediglich mittelbaren innerdienstlichen Auswirkungen unterliegt nicht der personalvertretungsrechtlichen Beteiligungspflicht nach § 75 Abs. 1 Nr. 15 NPersVG (PersVG ND) (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 24.9.2009 – 18 LP 9/08).

### **93. Folgen der Nichtbeteiligung des Personalrats bei Versetzung eines Beamten in den Ruhestand**

(§ 78 BPersVG; § 80 LPersVG BW; Art. 76 LPersVG Bay; § 90 LPersVG Bln; § 68 LPersVG Brand; §§ 54, 55, 67 LPersVG Bre; §§ 84, 87 LPersVG Hbg; §§ 63, 81 LPersVG Hess; § 68 LPersVG MV; § 75 LPersVG Nds; §§ 73, 75 LPersVG NW; §§ 80, 84 LPersVG RhP; §§ 83, 84 LPersVG Saar; §§ 73, 77, 81 LPersVG Sachs; §§ 60, 69 LPersVG LSA; - MBG SH; §§ 75a, 77 ThürPersVG)

§ 66 Nr. 8 PersVG LSA regelt lediglich, dass der Personalrat in Personalangelegenheiten der Beamten bei vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand mitbestimmt, sofern der Beamte die Mitbestimmung beantragt.

Ebenso wenig wie der Antrag gemäß § 78 Abs. 2 Satz 2 erster Halbsatz BPersVG an eine Frist gebunden ist, ist dies nach der Regelung des § 66 Nr. 8 PersVG LSA der Fall.

Nach dem PersVG LSA mangelt es an einer § 78 Abs. 2 Satz 2 BPersVG entsprechenden personalvertretungsrechtlichen Bestimmung, aus der sich ergibt, dass der Antrag auf Zuziehung des Personalrats vor der beabsichtigten Maßnahme (hier: Ruhestandsversetzung) zu stellen ist.

Da mit dem Erlass des Widerspruchsbescheides das Verwaltungsverfahren abgeschlossen ist, kann das Beteiligungsverfahren schon prinzipiell nicht mehr nachgeholt, der Verfahrensmangel mithin nicht geheilt werden. Im Zuruhesetzungsverfahren scheidet die Nachholung des landespersonalvertretungsrechtlichen Beteiligungsverfahrens auch deswegen aus, weil die Rechtmäßigkeit sich danach beurteilt, ob die zuständige Behörde im Zeitpunkt der letzten Verwaltungsentscheidung – gegebenenfalls des Widerspruchsbescheides – nach den ihr zur Verfügung stehenden Erkenntnissen annehmen durfte, dass der Betroffene dauernd dienstunfähig ist.

Das Unterlassen der gebotenen Beteiligung des Personalrats hat die Aufhebung der als Verwaltungsakt ergehenden Maßnahme aufgrund einer Anfechtungsklage zur Folge (OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 6.11.2009 – 1 L 73/09).

#### **94. Personalratsanhörung bei Kündigung in der Wartezeit**

(§ 79 BPersVG; § 77 LPersVG BW; Art. 77 LPersVG Bay; § 87 LPersVG Bln; §§ 63, 68 LPersVG Brand; §§ 52, 65 LPersVG Bre; § 87 LPersVG Hbg; §§ 77, 78 LPersVG Hess; § 68 LPersVG MV; § 65 LPersVG Nds; § 74 LPersVG NW; §§ 82, 83 LPersVG RhP; § 80 LPersVG Saar; §§ 73, 78 LPersVG Sachs; § 67 PersVG LSA; § 51 MBG SH; § 78 ThürPersVG)

Die Wartezeit dient dazu, dem Arbeitgeber Gelegenheit zu geben, sich eine subjektive Meinung über Leistung und Führung des Arbeitnehmers zu bilden, die - von Missbrauchsfällen abgesehen - einer Überprüfung nach objektiven Maßstäben nicht unterliegt. Im Falle eines aus Sicht des Arbeitgebers negativen Ergebnisses dieser Prüfung soll er das Arbeitsverhältnis frei kündigen können, ohne dass es auf entgegenstehende Interessen des Arbeitnehmers ankommt.

Daher sind Unterhaltspflichten des Arbeitnehmers ebenso wie dessen Lebensalter für die Wirksamkeit einer Wartezeitkündigung in der Regel ohne Bedeutung. Folglich steht der Wirksamkeit der Kündigung auch nicht entgegen, dass diese Daten dem Personalrat bei seiner Beteiligung nicht mitgeteilt wurden (Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG, BAG, Urteil v. 23.4.2009 – 6 AZR 516/08, ZfPR online 2/2010, S. 19).

#### **95. Voraussetzungen der Weiterbeschäftigungspflicht in anderem Verwaltungszweig**

(§ 79 BPersVG; § 77 LPersVG BW; Art. 77 LPersVG Bay; § 87 LPersVG Bln; §§ 63, 68 LPersVG Brand; §§ 52, 65 LPersVG Bre; § 87 LPersVG Hbg; §§ 77, 78 LPersVG Hess; § 68 LPersVG MV; § 65 LPersVG Nds; § 74 LPersVG NW; §§ 82, 83 LPersVG RhP; § 80 LPersVG Saar; §§ 73, 78 LPersVG Sachs; § 67 PersVG LSA; § 51 MBG SH; § 78 ThürPersVG)

Nach der Rechtsprechung des Senats muss dem öffentlichen Arbeitgeber eine über den Verwaltungszweig hinaus bestehende Weiterbeschäftigungsmöglichkeit dann kündigungsgesetzlich zugerechnet werden, wenn er die bisherige Verwaltungsaufgabe und Verwaltungsorganisation einer Dienststelle durch Gesetz oder Erlass aufgelöst hat, um - wenn auch nur teilweise - vergleichbare Aufgaben im Rahmen einer neu gebildeten Strukturform und Verwaltungsorganisation in einem anderen Verwaltungsbereich auszuführen (Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG; BAG, Urteil v. 10.6.2010 – 2 AZR 1020/08).

#### **96. Zuständigkeit des Gesamtpersonalrats bei Auswahl der Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen**

(§ 82 BPersVG; § 85 LPersVG BW; Art. 80 LPersVG Bay; §§ 54, 59 LPersVG Bln; §§ 75, 76 LPersVG Brand; §§ 22a; 50 LPersVG Bre; § 92 LPersVG Hbg; §§ 63, 83 LPersVG Hess; §§ 73, 74 LPersVG MV; §§ 79, 80 LPersVG Nds; § 78 LPersVG NW; § 53 LPersVG RhP; § 54 LPersVG Saar; § 87 LPersVG Sachs; § 71 PersVG LSA; §§ 60, 61 MBG SH; § 82 ThürPersVG)

Auf die Deutsche Rentenversicherung Nord ist das Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein anzuwenden.

Der Gesamtpersonalrat der Deutschen Rentenversicherung Nord ist zur Mitbestimmung berufen, wenn für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen unter den Beschäftigten mehrerer Standorte auszuwählen ist (BVerwG, Beschluss v. 17.7.2010 – 6 PB 6.10, ZfPR *online* 10/2010, S. 5).

### **97. Feststellung der Verletzung des Mitbestimmungsrechts bei vollzogener Maßnahme**

(§ 83 BPersVG; § 86 LPersVG BW; Art. 81 LPersVG Bay; § 91 LPersVG Bln; § 95 LPersVG Brand; § 70 LPersVG Bre; § 100 LPersVG Hbg; § 83 LPersVG Hess; § 87 LPersVG MV; § 83 LPersVG Nds; § 79 LPersVG NW; § 121 LPersVG RhP; § 113 LPersVG Saar; § 88 LPersVG Sachs; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Das Rechtsschutzbedürfnis für einen konkreten, anlassbezogenen Feststellungsantrag ist zu bejahen, wenn die fragliche Maßnahme zwar vollzogen wurde, aber fortwirkt und für die Zukunft rückgängig gemacht oder abgeändert werden kann; dies muss tatsächlich möglich und rechtlich zulässig sein (BVerwG, Beschluss v. 17.2.2010 – 6 PB 43.09, ZfPR *online* 5/2010, S. 5).

### **98. Unzulässigkeit der Nichtzulassungsbeschwerde wegen Verfahrensbeendigung durch übereinstimmende Erledigungserklärungen**

(§ 83 BPersVG; § 86 LPersVG BW; Art. 81 LPersVG Bay; § 91 LPersVG Bln; § 95 LPersVG Brand; § 70 LPersVG Bre; § 100 LPersVG Hbg; § 83 LPersVG Hess; § 87 LPersVG MV; § 83 LPersVG Nds; § 79 LPersVG NW; § 121 LPersVG RhP; § 113 LPersVG Saar; § 88 LPersVG Sachs; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Der im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren nach übereinstimmenden Erledigungserklärungen ergangene Einstellungsbeschluss des Oberverwaltungsgerichts kann nicht mit der Nichtzulassungsbeschwerde angefochten werden (BVerwG, Beschluss v. 8.3.2010 – 6 PB 47.09, ZfPR *online* 5/2010, S. 7).

### **99. Vertretungszwang bei Einlegung und Begründung der Beschwerde im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren**

(§ 83 BPersVG; § 86 LPersVG BW; Art. 81 LPersVG Bay; § 91 LPersVG Bln; § 95 LPersVG Brand; § 70 LPersVG Bre; § 100 LPersVG Hbg; § 83 LPersVG Hess; § 87 LPersVG MV; § 83 LPersVG Nds; § 79 LPersVG NW; § 121 LPersVG RhP; § 113 LPersVG Saar; § 88 LPersVG Sachs; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Da § 91 Abs. 2 BlnPersVG die Vorschriften des arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahrens ohne Einschränkungen für entsprechend anwendbar erklärt, müssen im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren zweiter Instanz die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung von einem Rechtsanwalt oder einem Verbandsvertreter im Sinne von § 11 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 oder 5 ArbGG unterzeichnet sein (BVerwG, Beschluss v. 4.8.2010 – 6 P 12.09, ZfPR *online* 10/2010, S. 8).

### **100. Einlegung und Begründung der Beschwerde im Beschlussverfahren durch Rechtsanwalt und Verbandsvertreter**

(§ 83 BPersVG; § 86 LPersVG BW; Art. 81 LPersVG Bay; § 91 LPersVG Bln; § 95 LPersVG Brand; § 70 LPersVG Bre; § 100 LPersVG Hbg; § 83 LPersVG Hess; § 87 LPersVG MV; § 83 LPersVG Nds; § 79 LPersVG NW; § 121 LPersVG RhP; § 113 LPersVG Saar; § 88 LPersVG Sachs; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Da § 91 Abs. 2 BlnPersVG die Vorschriften des arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahrens ohne Einschränkungen für entsprechend anwendbar erklärt, müssen im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren zweiter Instanz die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung von einem Rechtsanwalt oder einem Verbandsvertreter im Sinne von § 11 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 oder 5 ArbGG unterzeichnet sein (BVerwG, Beschluss v. 4.8.2010 - 6 P 12.09).



## **101. Antragsbefugnis eines Berufsverbandes bezüglich Einbeziehung von Soldaten in die Personalratswahl**

(§ 83 BPersVG; § 86 LPersVG BW; Art. 81 LPersVG Bay; § 91 LPersVG Bln; § 95 LPersVG Brand; § 70 LPersVG Bre; § 100 LPersVG Hbg; § 83 LPersVG Hess; § 87 LPersVG MV; § 83 LPersVG Nds; § 79 LPersVG NW; § 121 LPersVG RhP; § 113 LPersVG Saar; § 88 LPersVG Sachs; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Ein Berufsverband für die Soldaten der Bundeswehr ist nicht berechtigt, im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren feststellen zu lassen, dass in eine Personalratswahl bei einer militärischen Dienststelle Soldaten einer bestimmten Untergliederung einzubeziehen sind (BVerwG, Beschluss. 16.12.2010 – 6 PB 18.10, ZfPR *online* 1/2011, S. 10).

## **102. Erstattungspflicht außergerichtlicher Kosten eines Wahlanfechtungsverfahrens/Teilnahme von Ersatzmitgliedern an Wahlvorstandssitzung**

(§ 83 BPersVG; § 86 LPersVG BW; Art. 81 LPersVG Bay; § 91 LPersVG Bln; § 95 LPersVG Brand; § 70 LPersVG Bre; § 100 LPersVG Hbg; § 83 LPersVG Hess; § 87 LPersVG MV; § 83 LPersVG Nds; § 79 LPersVG NW; § 121 LPersVG RhP; § 113 LPersVG Saar; § 88 LPersVG Sachs; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Tritt ein Beschäftigter nach Einleitung des Beschlussverfahrens seinen Anspruch gegen die Dienststelle auf Erstattung der außergerichtlichen Kosten, die ihm im Wahlanfechtungsverfahren entstanden sind, an seine Bevollmächtigte ab, so rücken diese von Gesetzes wegen in die Antragsstellerposition ein.

Der Anspruch auf Erstattung der außergerichtlichen Kosten einer Wahlanfechtung ergibt sich aus § 17 Satz 1 MBG SH, wonach die Dienststelle die Kosten der Wahl trägt.

Die Kostenerstattung scheidet aus, wenn die Rechtsverfolgung von vornherein aussichtslos war oder mutwillig betrieben wurde (BVerwG, Beschluss v. 11.10.2010 – 6 P 16.09, ZfPR *online* 2/2011, S. 2).

## **B. Entscheidungen zur Wahlordnung**

### **1. Keine Bindung des Bezirkswahlvorstandes an die Meldungen der örtlichen Wahlvorstände**

(§ 34 BPersVVO und vergleichbare landesrechtliche Bestimmungen)

Der Bezirkswahlvorstand ist an die Zahlen, die ihm zu den in den Dienststellen in der Regel Beschäftigten und zu deren Verteilung auf die Gruppen von den örtlichen Wahlvorständen mitgeteilt wurden, nicht gebunden, wenn diese Zahlen mit den materiell-rechtlichen Vorgaben zur Ermittlung der regelmäßigen Personalstärke in den Gruppen nicht in Einklang stehen (BVerwG, Beschluss v. 27.5.2010 – 6 PB 2.10, ZfPR *online* 11/2010, S. 2).

### **2. Einreichung von Wahlvorschlägen per Telefax**

(§ 10 BPersVVO und vergleichbare landesrechtliche Bestimmungen)

Wahlvorschläge für die Wahl der Schwerbehindertenvertretung müssen innerhalb der Einreichungsfrist mit der erforderlichen Anzahl von Stützunterschriften im Original beim Wahlvorstand eingehen. Die Einreichung von Telekopien genügt nicht. Der Wahlvorstand muss das Vorliegen der erforderlichen Unterschriften zuverlässig prüfen können. Dies kann er nur, wenn ihm die Originalunterschriften vorliegen. Allerdings müssen sich nicht sämtliche Stützunterschriften auf demselben Blatt befinden. Es muss aber gewährleistet sein, dass sich die Unterschriften auf den Wahlvorschlag und nicht auf eine andere Erklärung beziehen. Dies kann beispielsweise durch die körperliche Verbindung mehrerer Blätter oder durch die Angabe eines gemeinsamen Kennworts auf sämtlichen Blättern geschehen (Auszug Pressemitteilung BAG Nr. 5/2010; BAG, Beschluss v. 20.1.2010 – 7 ABR 39/08).

## C. Entscheidungen zum Soldatenbeteiligungsgesetz

### 1. Überprüfung der Nachbesetzung von Ausschusssitzen durch einzelne Mitglieder des Gesamtvertrauenspersonenausschusses

(§§ 16, 39 SBG)

Ein einzelnes Mitglied des Gesamtvertrauenspersonenausschusses ist nicht befugt, (behauptete) Fehler bei der Nachbesetzung eines frei gewordenen Sitzes im Gesamtvertrauenspersonenausschuss mit der Beschwerde und dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung geltend zu machen (BVerwG, Beschluss v. 30.9.2009 – 1 WB 66.08).

### 2. Rechtsschutz eines Mitglieds des Gesamtvertrauenspersonenausschusses gegen Maßnahmen des Sprechers des Gesamtvertrauenspersonenausschusses

(§ 16 SBG)

Innerhalb des Rechtswegs zu den Wehrdienstgerichten liegt die erstinstanzliche Zuständigkeit für den Rechtsschutz eines Mitglieds des Gesamtvertrauenspersonenausschusses gegen Maßnahmen des (hier: stellvertretenden) Sprechers des Gesamtvertrauenspersonenausschusses nicht beim Bundesverwaltungsgericht (Wehrdienstsenate), sondern beim Truppendienstgericht Nord.

§ 18 Abs. 3 WBO in der seit dem 1. Februar 2009 geltenden Fassung regelt nicht nur die Verweisung eines Rechtsstreits von einem Wehrdienstgericht an ein Gericht eines anderen Rechtswegs, sondern auch Verweisungen zwischen den Wehrdienstgerichten (BVerwG, Beschluss v. 18.8.2009 - 1 WB 51.09).

### 3. Versammlung der Vertrauenspersonen bei Auslandseinsätzen

(§ 32 SBG)

Versammlungen der Vertrauenspersonen (§ 32 Abs. 1 bis 3 SBG) sind auch bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu bilden.

Erfüllt ein Feldlager im Auslandseinsatz die Merkmale eines Kasernenbereichs, so ist eine Versammlung der Vertrauenspersonen auf Feldlagerebene zu bilden, die – nach Maßgabe der Beteiligungsvorschriften – die gemeinsamen Interessen der Soldaten gegenüber dem Feldlagerkommandanten vertritt. Das Feldlager Camp Marmal in Mazar-e-Sharif/Afghanistan stellt einen solchen Kasernenbereich dar.

Eine Maßnahme, an deren Erlass eine Versammlung der Vertrauenspersonen zu beteiligen ist, aber nicht beteiligt wurde, ist rechtswidrig. Dies gilt auch dann, wenn eine Versammlung der Vertrauenspersonen faktisch nicht vorhanden oder nicht handlungsfähig war, weil es der zuständige Vorgesetzte unterlassen hat, die Versammlung zur konstituierenden Sitzung und zur Wahl ihres Sprechers einzuberufen (BVerwG, Beschluss v. 22.7.2009 – 1 WB 15.08).

### 4. Anfechtung der Wahl des Gesamtvertrauenspersonenausschusses

(§ 47 SBG)

Im Wahlanfechtungsverfahren nach § 47 SBG gibt es außer den gesetzlich genannten Anfechtungsberechtigten keine weiteren förmlichen Verfahrensbeteiligten.

Die ordnungsgemäße Bekanntmachung des Wahlergebnisses im Sinne des § 47 SBG umfasst die Bekanntgabe der Angaben nach § 31 Abs. 1 Satz 2 SBGWV und der Namen der gewählten Mitglieder des Gesamtvertrauenspersonenausschusses.



Bei der Briefwahl zum Gesamtvertrauenspersonenausschuss stellt die Übersendung der Freiumschläge ohne Angabe der Anschrift des zuständigen dezentralen Wahlvorstandes einen Verstoß gegen eine wesentliche Vorschrift über das Wahlverfahren dar.

Im Wählerverzeichnis müssen die wahlberechtigten Vertrauenspersonen namentlich aufgeführt sein.

Zur Wahlberechtigung zum Gesamtvertrauenspersonenausschuss

- a) der für die Dauer einer besonderen Auslandsverwendung gewählten Vertrauenspersonen,
- b) der für die Dauer der besonderen Auslandsverwendung einer Vertrauensperson nach § 13 Abs. 2 und 3 SBG eingetretenen Stellvertreter oder gewählten Vertrauenspersonen mit befristeter Amtszeit.

Zu den Voraussetzungen der (nur) teilweisen Ungültigerklärung einer Wahl zum Gesamtvertrauenspersonenausschuss (BVerwG, Beschluss v. 21.7.2009 – 1 WB 18.08).